is Kč 7.—



Unparteiisches Weltorgan für die Gesamtinteressen des Judentums

Erscheint am 1. jeden Monats. — **Herausgeber: Sami Glücksmann.** — Redaktion u. Verwaltung: Karlsbad, „Glaspalast", Tel. 317, Bankkonto: Böhmische Unionbank, Karlsbad. — Bezugspreis: In der ČSR. 75 Kč jährlich, 40 Kč halbjährlich; in Deutschland 10 RM. jährlich; in allen anderen Ländern 3 Dollar jährlich. — Anzeigenpreis: In der ČSR. eine Seite 1100 Kč, eine halbe Seite 600 Kč; in Deutschland eine Seite 160 RM., eine halbe Seite 90 RM. usw.; in allen anderen Ländern eine Seite 45 Dollar, eine halbe Seite 25 Dollar usw.

1. Jahrgang | **Karlsbad, am 2. Juni 1933** ח"סיון שנת תרצ"ג לפ"ק | **Nummer 1**

Aus dem Inhalt:



Di[illegible]nen=Cafés und Restaurationen

Hirschensprung, Jägerhaus, Freundschaftshöhe

in ruhiger, staubfreier Lage, mitten im Walde, herrliche Fernsichten, an der Drahtseilbahn gelegen, halten sich bestens empfohlen. Bekannt vorzüglichen Kaffee und Speisen. — Liegekuren. — Das Jägerhaus bietet Ihnen außerdem jeden Sonntag von 4 bis 6 Uhr Konzert der beliebten Hauskapelle Scherbaum. Gemütliche Jagdzimmer und Geweihsammlung, herrliche Wald-Tennisplätze. — Fremdenzimmer.

Besuchen Sie das gute
Konditorei - Café
Schmelzer
Karlsbad



gegenüber dem Orpheum

Erstklassiger
Herren- und Damen-
Frisier-Salon
Franz
Kasseckert
Karlsbad
Haus „Steinberg"
vis-à-vis Schützenhaus-Café, Seitenstraße



Grand=Hotel Brüder Hanika
Karlsbad
Seit 25 Jahren das führende Hotel
Das Restaurant von Weltruf
Täglich Konzert und Tanz am Abend
Tel. 899 — Telegr.: Hanikahotel

Konditorei Deutzer
KARLSBAD, Alte Wiese — Egerstraße

MAYER
REALISTIC

Die vollkommenste Haardauerwelle
Schöpferhaus:
Salon MAYER, Karlsbad
Alte Wiese 76
Realistic-Dauerwellen führt jeder bessere Friseur im In- und Auslande aus.

COIFFEUR
Hans
Pelzer
Karlsbad — Marktplatz
Gesichtspflege
Methode Helene Peßl, Wien. — Individuelle Haarfärbungen
Erstklassige Bedienung
Ortsübliche Preise

Park-Café u. Restaurant
Freundschaftssaal
Der Kurfrühstücksplatz von Weltruf
Sonnen- und Liegekuren
Täglich
Nachmittags-Freikonzert
Internationale Presse
Telefon 2236
Autobusverbindung ab Becherplatz

Finesse
MODISCHE KLEINIGKEITEN
Aenny Spahn-Eckert
Karlsbad,
„Stadt Wien", Tel. 160

DAMEN- UND HERREN-FRISIERSALON
COIFFEUR POUR DAMES MESSIEURS - HAIRDRESSER
HANS TREUTER
diplomierter Damenfriseur
Karlsbad, Theatergasse, oberhalb Hotel „Hopfenstock"

Spezial-vegetarisches Restaurant
„ANANAS"
Bis 1 Uhr nachts geöffnet. — Telefon 988.
Café-Restaurant — Normalküche — Angenehmer Aufenthalt



Unparteiisches Weltorgan für die Gesamtinteressen des Judentums

Erscheint am 1. jeden Monats. — **Herausgeber: Sami Glücksmann.** — Redaktion u. Verwaltung: Karlsbad, „Glaspalast", Tel. 317, Bankkonto: Böhmische Unionbank, Karlsbad. — Bezugspreis: In der ČSR. 75 Kč jährlich, 40 Kč halbjährlich; in Deutschland 10 RM. jährlich; in allen anderen Ländern 3 Dollar jährlich. — Anzeigenpreis: In der ČSR. eine Seite 1100 Kč, eine halbe Seite 600 Kč; in Deutschland eine Seite 160 RM., eine halbe Seite 90 RM. usw.; in allen anderen Ländern eine Seite 45 Dollar, eine halbe Seite 25 Dollar usw.

1. Jahrgang **Karlsbad, am 2. Juni 1933** ח׳ סיון שנת תרצ״ג לפ״ק **Nummer 1**

Ziele und Aufgaben des Weltorgans „Die jüdische Welt".

Das schwere Geschick, das die Juden in Deutschland betroffen hat, hat bei den Juden aller Länder tiefstes Mitgefühl ausgelöst. Nicht nur Kundgebungen aller Art sind aus diesem Anlasse ergangen, sondern überall hat man Hand angelegt, um so weit wie möglich zu helfen. Die Geschehnisse in Deutschland beweisen, daß das Geschick der Judengemeinschaft sich auch in unserer Zeit nicht geändert hat, daß auch in der Gegenwart Teile unseres Volkes plötzlich durch jäh ansteigende Wellen der Feindschaft in tiefste Not gestürzt werden können. Aber die letzten Ereignisse haben auch bewiesen, daß die Solidarität der Juden, nämlich ihr Zusammengehörigkeitsgefühl, über alle Grenzen hinweg vorhanden ist.

Die internationale jüdische Hilfsaktion für das deutsche Judentum war nur ein besonders in die Augen fallender Beweis für eine Entwicklung, die sich im letzten Jahrzehnt vollzogen hat. Mehr und mehr hat man erkannt, daß trotz der Zerstreuung über alle Länder es doch Fragen und Aufgaben — und wie sich gezeigt hat, sogar zahlreiche Aufgaben — gibt, welche die Judenschaft aller Länder angehen und für ihr Leben von Wichtigkeit sind. Zahlreiche interterritoriale jüdische Organisationen sind entstanden, die sich allen wichtigen jüdischen Aufgaben widmen. So arbeitet die „Ose-Gesellschaft" an der gesundheitlichen Hebung der Juden, die Organisationen „Joint" und „Ort" kämpfen für die berufliche Umschichtung der Juden, der „Hicem" kümmert sich um die Probleme der jüdischen Wanderung, die „Jewish Agency" sorgt für den Palästina-Aufbau durch Einschluß auch von Nicht-Zionisten usw. Viele sachliche und wertvolle Arbeit wird von den Organisationen geleistet, aber ihre Arbeit geht doch ein wenig abseits vom Blick des jüdischen Menschen vor sich. Der uninteressierte Jude weiß nichts von dieser Arbeit; er weiß nichts von ihrer Notwendigkeit, kennt nicht die interterritoriale Gemeinsamkeit jüdischen Lebens und Geschicks, aus der gemeinsame Arbeit und auch gemeinsames Denken fließt. Sein Horizont endet meist an der Grenze seines Wohnlandes, und das Judentum jenseits der Grenze ist ihm zumeist „ausländisches" Judentum. Besitzt er schon keine innere Beziehung zum Judentum des benachbarten Landes mehr, um so fremder steht er dem Gedanken des allweltlichen Zusammenhangs gegenüber.

Die Assimilation der Emanzipationsperiode hat uns einen schweren Verlust gebracht, den wir früher nicht so recht begriffen haben. Sie hat uns um die einheitliche Gedankenwelt gebracht. Die philosophischen und geistigen Strömungen der einzelnen Wohnländer haben stärksten Einfluß auf die Judenschaften der Länder ausgeübt und sie geistig entfremdet. Die Eingliederung der Juden in die Kultur der Umwelt hat uns viel von unserem Zusammenhang genommen; sie hat im wahrsten Sinne des Wortes bewirkt, daß wir uns nicht mehr verstehen. War früher „Jiddisch" die Sprache der überwiegenden Mehrheit der Juden und „Deutsch" die europäische Sprache, in der man sich verstehen konnte, so hat heute Englisch, Französisch usw. einen breiten Raum eingenommen.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die immer fortschreitende interterritoriale Organisierung am deutlichsten das Vorhandensein gemeinsamen Schicksals und gemeinsamer Aufgaben beweisen. Sie erfordert aber auch Kenntnis von einander über alle Grenzen hinweg. Die jüdische Presse, die der Mittler zwischen uns sein sollte, ist zumeist nur auf das Erscheinungsland oder gar nur auf den Erscheinungsort beschränkt.

…rteiische Weltorgan „Die jüdische Welt" …suchen, einen kleinen Beitrag in der Richtung …er gewiesenen Aufgaben zu leisten. Es will eine Tribüne sein, auf der sich jüdische Menschen aller Länder treffen können, um sich über die wichtigsten Probleme und Aufgaben der jüdischen Gemeinschaft auszusprechen. Es will beispielsweise als Sprachrohr zwischen dem Juden in Johannisburg und dem Juden in Kowno, zwischen dem Juden in New York und dem Juden in Warschau, zwischen dem Juden in Jerusalem und dem Juden in Prag usw. dienen. Dieses unparteiische Weltorgan wird jedem offenstehen, der in sachlicher und vornehmer Weise Wichtiges für das jüdische Leben zu sagen hat. Menschen verschiedener jüdischer Gesinnung sollen sich hier in jeder ihnen beliebigen Sprache — z. B. in der französischen, englischen, polnischen, tschechischen, hebräischen oder jiddischen Sprache — aussprechen können und verstehen lernen.

Die Redaktion wird in jeder Nummer zu einem wichtigen Gegenwartsproblem das Wort ergreifen und anschließend die Leser auffordern, zu der angeschnittenen Frage in der nächsten Nummer Stellung zu nehmen. Dabei wird es selbstverständlich Sache der Redaktion sein, Diskussionsmeinungen nicht wahl- und ziellos wiederzugeben, sondern die Aussprache zu leiten und ihr auf diese Weise einen produktiven Wert zu verleihen.

Schließlich wird „Die jüdische Welt" in ihrem zweiten Teil eine chronologische Uebersicht über die wichtigsten Ereignisse im jüdischen Leben während des verflossenen Monates geben. Geschehnisse in der jüdischen Gemeinschaft von besonderer Wichtigkeit dürfen nicht durch eine einfache Notiz in der Tages- oder sogar in der Wochenpresse in Vergessenheit geraten; sie müssen vielmehr in der Form einer Monatsbilanz registriert und festgehalten werden.

Endlich wird „Die jüdische Welt" in ihrem dritten Teil — unter der Bezeichnung „Jus Judaicum" — das gesamte jüdische Recht — sowohl das klassische, biblische, als auch das talmudische — kodifiziert darstellen. Es werden ferner periodisch Aufsätze, bezw. Abhandlungen jüdischer Fachgelehrter erscheinen, welche die wichtigsten Normen, bezw. Institute des jüdischen Rechts, wie Vertragsrecht, Bodenrecht, Ehe- und Scheidungsrecht, Eid usw., behandeln.

Zwei Gesichtspunkte leiten den Herausgeber bei der Erfüllung dieser Aufgabe:

1. Soll mit der wissenschaftlichen Darstellung jüdischen Rechts den antisemitischen Behauptungen entgegengewirkt werden, als sei das jüdische Recht eine Sammlung mehr oder weniger barbarischer Vorschriften, die samt und sonders nur den Zweck hätten, die „jüdische Weltherrschaft" zu sichern;

2. ist es wichtig, den großen Teil der Judenheit mit dem jüdischen Recht vertraut zu machen, der bis heute keine Kenntnis von ihm hat. Infolge Nichtbeherrschens der hebräischen, bezw. aramäischen Sprache ist das jüdische Recht — mit eine der größten Kulturleistungen der jüdischen Vergangenheit — der Judenheit unbekannt. Falsche Vorstellungen von ihm sind weit verbreitet; es gilt als überholt, als unmodern. Die systematische Darstellung des jüdischen Rechts unter dem Titel „Jus Judaicum" im dritten Teil der „jüdischen Welt" wird jedoch beweisen, daß das Gegenteil Tatsache ist.

Neben dieser mehr wissenschaftlichen Aufgabe wird sich aber auch eine praktische ergeben. Der Herausgeber hat in der Einleitung zu der von ihm verfaßten Broschüre „Das Verfahren vor den Rabbinatsschiedsgerichten" (Selbstverlag Jus Judaicum 1932, Berlin) darauf hingewiesen, daß angesichts der gegenwärtigen besonderen Lage der jüdischen Gemeinschaft viele, u. zw. sehr gewichtige Gründe dafür sprechen, in Streitigkeiten zwischen Juden und Juden Rabbinatsschiedsgerichte an Stelle der ordentlichen Gerichte anzurufen. Die Institution solcher Schiedsgerichte ist ja nichts Neues im jüdischen Leben. In früheren Zeiten erfreuten sich diese „Bathej-Din" in den Gemeinden größten Ansehens und nur selten wandten sich Juden an ordentliche Gerichte. In den osteuropäischen Staaten ist es heute bekanntlich noch zum großen Teil so geblieben. Die Inanspruchnahme eines ordentlichen Gerichtes unter Ausschließung des Rabbinatsschiedsgerichtes wird als ein Vergehen gegen das jüdische Gesetz angesehen. In den mittel- und westeuropäischen Ländern sind leider große Teile der Judenheit für die majestätische Idee der Inanspruchnahme der jüdischen Rechtspflege stumpf geworden. Es ist dies aus den liberalen Ansichten zu erklären, die seit der Emanzipation herrschen und die die Aufgaben der Gemeinden auf die rein religiösen Fragen beschränkt und die weltlichen Beziehungen der Regelung durch die allgemeinen Gesetze und Einrichtungen überlassen will. Hinzu kommt noch, daß viele Juden der Meinung sind, daß das alte jüdische Recht (דין תורה) die Rechtsfragen unserer Zeit nicht meistern könne; eine Ansicht, die zum großen Teil auf Unkenntnis der Quellen beruht.

Bei Betrachtung der allgemeinen Lage der Judenheit in gewissen Ländern, inbesondere in Deutschland, sehen wir, daß die Strömungen, die sich gegen die Existenz und die Lebensrechte der Juden richten, aufs stärkste angewachsen sind. In einem, im letzten Jahrhundert noch nie gekannten Maße ist der politisch organisierte Antisemitismus erstarkt und übt einen schweren politischen und wirtschaftlichen Druck auf unsere Gemeinschaft aus.

Wirtschaftlich gesehen macht die Judenheit einen tiefen Niedergang durch. Dieser Niedergang ist einmal Folge der allgemeinen schweren Wirtschaftskrise und des krankhaft grassierenden Antisemitismus, daneben aber auch das Resultat der besonderen Berufsverteilung der Juden. Die Juden sind bekanntlich in ihrer großen Mehrzahl kaufmännisch tätige Mittelständler. Die Entwicklung der Wirtschaft hat zu einer starken Verdrängung des Mittelstandes geführt, die den völligen Verlust der Existenz für einen großen Teil der Judenheit zur Folge hat. So sehen wir, daß die Juden aus ihren alten Wirtschaftspositionen unaufhaltsam ausgestoßen werden. Der wirtschaftliche Antisemitismus mit seinen diversen Parolen tut das übrige dazu, um ihnen neue Existenzmöglichkeiten zu versperren. Es werden daher in Zukunft im wirtschaftlichen Verkehr weit häufiger als bisher Juden mit Juden kontrahieren müssen.

Sowohl der politische wie der wirtschaftliche äußere Druck werden ein engeres Zusammenrücken, einen engeren Zusammenschluß der jüdischen Gemeinschaft auch innerhalb der mittel- und westeuropäischen Staaten zur Folge haben und in dieser Situation der Abwehr wird das Bedürfnis zur inneren Einigkeit aller Glieder, zur weitgehenden Vermeidung von Zwietracht und Streitigkeiten immer stärker werden.

Im Interesse der Einheit wird es notwendig sein, etwaige Rechtsstreitigkeiten zwischen Juden nicht vor die große Oeffentlichkeit zu tragen, sondern sie vor einem jüdischen Schiedsgericht beizulegen.

Der Herausgeber hat in seiner bereits erwähnten Schrift „Das Verfahren vor den Rabbinatsschiedsgerichten" den jüdischen Gemeinden allerorts daher ans Herz gelegt, die Institution der Rabbinatsschiedsgerichte wieder ins Leben zu rufen und wie folgt zu besetzen:

„Den Vorsitz führt der Rabbiner. Ihm assistieren zwei Beisitzer. Ein Beisitzer soll möglichst eine rechtskundige Person sein, die also Fachmann für das staatliche Recht im Schiedsrichterkollegium wäre. Der andere Beisitzer kann Laie sein, soll aber möglichst dem Geschäftszweig angehören, in dem der Streitfall spielt. Auf diese Weise wird auch die fachliche Sachverständigkeit des Schiedsgerichtes gesichert. Zu Beisitzern sollen tunlichst solche Personen bestimmt werden, die mit dem jüdischen Recht wenigstens in seinen Grundzügen vertraut sind, damit die geistige Harmonie mit dem vorsitzenden Rabbiner gewahrt wird."

Hinsichtlich der Rechtsanwendung sind folgende Richtlinien empfohlen worden:

a) „Die formelle Rechtsanwendung, also die Art der Durchführung des ganzen Verfahrens richtet sich nach den Vorschriften des in dem betreffenden Staate geltenden Prozeßrechtes.

b) Das Urteil des Rabbinatsschiedsgerichtes braucht sich dagegen nicht streng an die Vorschriften des in dem betreffenden Staate geltenden materiellen Rechts zu halten.

Während der Richter im ordentlichen Verfahren stets an die geltenden materiellen Rechtsnormen gebunden ist, herrscht im Schiedsgerichtsverfahren im weiten Umfange Entscheidungsfreiheit. Diese findet ihre Grenzen darin, daß der Schiedsspruch nicht gegen staatliche Rechtssätze verstoßen darf, die für die Rechtsordnung des betreffenden Staates grundlegend sind. So darf das Schiedsgericht nicht zu solchen Vorschriften in Widerspruch stehen, die zwingendes Recht sind, die also im freien Rechtsverkehr nicht abgedungen werden können.

c) Das Urteil soll möglichst im Einklang mit dem jüdischen Recht stehen.

d) Das Schiedsgericht soll nicht gegen billiges Rechtsempfinden verstoßen."

Es wird natürlich oft Schwierigkeiten dabei geben, eine Entscheidung zu treffen, die allen diesen Erfordernissen völlig entspricht. Jedenfalls dürfte aber das Schiedsgericht in der Lage sein — vorausgesetzt, daß die Besetzung desselben entsprechend dem vorerwähnten Vorschlage erfolgt ist — eine Entscheidung unter Beachtung all dieser Grundsätze zu treffen.

„Die jüdische Welt" wird daher in den Spalten ihres dritten Teiles Aufsätze, bezw. Abhandlungen über das Problem der jüdischen Rechtspflege, sowie interessante Rechtssprechungen von Rabbinatsschiedsgerichten veröffentlichen.

Es ist eine schwere Aufgabe, an die die „jüdische Welt" herantritt. Viele Hindernisse werden sich ihr entgegenstellen. Viele werden zweifeln, ob der Herausgeber seiner Aufgabe wird gerecht werden können. Aber unbekümmert um Kleinmütige und Zweifler geht der Herausgeber ans Werk und fordert alle, denen das jüdische Volk und seine allweltliche Zusammengehörigkeit am Herzen liegt, zur Mitarbeit auf.

Der Herausgeber.

Begrüßungsschreiben**)

Folgende führende, jüdische Persönlichkeiten der ČSR. haben an den Herausgeber der „Jüdischen Welt" Begrüßungsschreiben** gerichtet:

Der Vorsitzende des Rabbinerverbandes für Böhmen, Herr Rabbiner Prof. Dr. S. Arje, Prag, schreibt:

Prag, 16. V. 1933.

Ich bestätige Ihnen dankend den Empfang Ihres Briefes über die beabsichtigte Herausgabe des Weltorgans „Die jüdische Welt". Ich gestehe Ihnen, daß mich Ihre schriftliche Aufklärung über die Ziele und Aufgaben der Monatsschrift „Die jüdische Welt" noch viel mehr als Ihre diesbezügliche mündliche Mitteilung von der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit eines solchen Zeitungsorgans überzeugt hat. Während ich früher der Ansicht war, daß eine solche Monatsschrift nur das Interesse von Gelehrten und jüd. Juristen erwecken dürfte, bin ich jetzt überzeugt, daß eine solche jüd. Revue das Interesse weitester Kreise des Judentums finden wird. Dies gilt nicht nur vom ersten Teile, der eine aktuelle jüdische Zeitfrage un- und überparteiisch besprechen und zur Diskussion stellen soll, auch nicht nur vom 2. Teile, der alle bedeutenden, das Judentum berührenden Ereignisse des letzten Monates aufzählen, in ihrer Bedeutung beleuchten und dem rasch lesenden und leicht vergeßlichen jüdischen Menschen in Erinnerung bringen soll, sondern auch vom 3. Teile, der die alten jüdischen Rechtsvorschriften in ihrer noch heute aktuellen Bedeutung systematisch und allgemein verständlich darstellen soll. Vom ethischen Gesichtspunkte aus, halte ich sogar diesen Teil für den wichtigsten, weil er bleibenden Wert verspricht.

Ich wünsche nur, daß Ihre Monatsschrift recht bald in weitesten jüdischen Kreisen die verdiente Würdigung und Förderung finde, daß sie ein wirkliches Weltorgan werde, welches „Die jüdische Welt" erfaßt und vereint.

Herr Rabbiner Prof. Dr. A. Deutsch (Oberrabbiner-Stellvertreter), Prag, schreibt:

Prag, den 16. Mai 1933.

Von Ihren Ausführungen über die Aufgaben und Ziele des von Ihnen ins Leben gerufenen Weltorgans „Die jüdische Welt" habe ich mit großem Interesse Kenntnis genommen.

Ich betrachte das von Ihnen verfolgte Ziel, der Judenheit, ein Kulturzentrum von hohem Niveau zu schaffen, als ein dringendes Bedürfnis unserer Zeit. Ein solches Organ will nicht etwa bloß den Wald von Blättern noch erweitern, sondern eine tatsächlich vorhandene Lücke innerhalb des Judentums ausfüllen.

An die Judenheit der Tschechoslowakei richte ich deshalb die Bitte, das Weltorgan „Die jüdische Welt" zu abonnieren und dadurch einer allgemeinen jüdischen Sache zu dienen.

Herr Prof. Dr. Friedrich Thieberger, Prag, schreibt:

Prag, 17. Mai 1933.

Jeder Versuch, einen Sammelpunkt geistigen Lebens zu schaffen, muß von Herzen begrüßt werden, ganz besonders in einer Zeit äußerer Katastrophen, die nur die Kraft der Verinnerlichung ertragbar macht. Möge „Die jüdische Welt" in diesem Sinne wirken!

**) Die Begrüßungsschreiben führender jüdischer Persönlichkeiten anderer Länder wird die Redaktion in den nächsten Nummern der Reihe nach, auszugsweise zum Abdruck bringen.

Herr Prof. Dr. S. H. Lieben, Prag, schreibt:

Prag, den 16. V. 1933.

Mit großem Interesse habe ich Ihre Ausführungen über das Weltorgan „Die jüdische Welt“ zur Kenntnis genommen.

Ich begrüße das Erscheinen dieser für das jüdische Leben, besonders für die orthodoxen Schichten, wichtigen Zeitschrift lebhaft und nehme Ihre Einladung zur Mitarbeit gerne an.

I. TRIBÜNE

Die Stellung der Juden im Staate.

S. G. Das Problem der Stellung der Juden im Staate ist durch die letzten Ereignisse in Deutschland wiederum Gegenstand lebhaftester Erörterungen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft geworden. Die Frage, die wenigstens für den europäisch-amerikanischen Kulturkreis im Sinne absoluter Gleichberechtigung entschieden schien, ist neu aufgetaucht und bedarf einer das Gesamtjudentum befriedigenden Lösung. In der Zeit des Selbstbestimmungsrechts der Völker, in der Zeit der Anerkennung der Lebensrechte der Minderheiten konnte es geschehen, daß in einem allgemein anerkannten europäischen Kulturstaate — ein Hinweis auf die geographische Lage desselben dürfte sich erübrigen — wieder rechtliche Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen eingeführt wurden; lediglich auf Grund der Tatsache verschiedener Abstammung sind ehrbare und in jeder Beziehung wertvolle Menschen schweren und kränkenden Ausnahmen unterworfen worden.

Die russische Revolution schien das Ende aller Rechtsbeschränkungen gegen Juden zu bedeuten. Mit dem Zarismus fielen theoretisch alle Ausnahmegesetze, die alle Welt als ein Ueberbleibsel des finstersten Mittelalters betrachtete. Die Juden Osteuropas sollten also die letzten gewesen sein, die kraft der Verfassung der einzelnen Staaten, der bürgerlichen Gleichberechtigung teilhaftig wurden.

Und nun dieser schwere Rückschlag! In einem Lande der Dichter und Denker!

Es hat aber keinen Zweck darüber zu räsonieren und zu klagen. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir haben anderes zu tun: Verstehen zu lernen, worauf diese Entwicklung zurückzuführen ist und ob sich eventuell aus dem Ergebnis unserer Betrachtungen wichtige Rückschlüsse für die in Zukunft von uns einzuschlagende Haltung ergeben.

Um zum Verständnis der heutigen Situation zu gelangen, müssen wir begreifen, auf welche Wurzeln die Emanzipation der Juden in Deutschland zurückgeht.

Anfangs und Mitte des 19. Jahrhunderts herrschten in Deutschland die Ideen der französischen Revolution: Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit. Man wollte die starren Fesseln des Mittelalters, den Feudalismus und die Standesunterschiede los sein; die Gedanken der Aufklärung und des Liberalismus beherrschten die gebildeten Schichten der deutschen Lande. Auf dem Boden dieser Ideen erwuchs die Judenemanzipation. Sie begann in Hessen 1808, in Baden und Frankfurt 1811 und in Preußen mit der Rechtskraft des Ediktes vom 11. März 1812. Trotz des Artikels 16 der deutschen Bundesakte, welcher bestimmte, daß die Lage der Bekenner des jüdischen Glaubens in Deutschland übereinstimmend zu regeln sei, ging eine solche Regelung in den einzelnen Staaten nur langsam vor sich; während manche Regierungen (Hessen, Mecklenburg, Preußen) die Juden von neuem beschränkten, nahmen ihnen andere (Hamburg, Frankfurt, Hannover) das Bürgerrecht ganz wieder. Erst die deutschen Grundrechte von 1848 bestimmten, daß der Genuß der bürgerlichen, bezw. staatsbürgerlichen Rechte nicht durch das religiöse Bekenntnis bedingt oder beschränkt sein solle, ein Prinzip, welches durch das spätere Reichsgesetz vom 3. Juli 1869, betreffend die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, für sämtliche deutsche Länder zur Geltung gelangt ist. Damit schien die Eingliederung der Juden als gleichberechtigte Bürger in den Staat beendet.

Die Gleichheitserklärung war aber nicht nur allein die Folge der kulturellen Entwicklung, sie wurde auch von politischen und nationalen Gesichtspunkten mitbestimmt. Im Mittelalter war das einst so mächtige deutsche Reich zerfallen. An die Stelle der starken Reichsgewalt waren zahlreiche kleine und kleinste Territorien getreten, die sich eifrig befehdeten. Zerrissenheit und Machtlosigkeit — das war der Zustand in dem sich das deutsche Reich seit dem Ausgange des Mittelalters befand. Seine Nachbarn hatten sich längst innerlich geeinigt, hatten wohlorganisierte einheitliche Staatswesen geschaffen, die die Zersplitterung Deutschlands mit Erfolg dazu benutzten, um mehr und mehr Randgebiete vom Deutschen Reich loszureißen. Es genügt hier mit einem Wort auf die vielen Kriege hinzuweisen: den 30jährigen Krieg, die Kriege Ludwig XIV. usw., die alle mit neuer Schwächung Deutschland und mit Gebietsverlusten verbunden waren. Als nun mit dem Beginn des 18. Jahrhunderts die Ideen der franz. Revolution in Deutschland lebendig wurden, verbanden sich diese in der Vorstellungswelt aller Freiheitsfreunde mit der Sehnsucht nach einem einigen, freien, deutschen Reich.

Heißer Wunsch aller Freunde des Vaterlandes und der Freiheit war es, daß an Stelle der Einzelterritorien das einige Reich treten solle und an Stelle dynastischer Rücksichten die einheitliche Reichsgewalt herrschen möchte. Sämtliche Sonderinteressen, Standesinteressen, wie religiöse Unterschiede mußten zugunsten der Idee eines einheitlichen Staates zurücktreten. Der Forderung nach der Einheitlichkeit des Staates entsprang auch der Wunsch nach der innerlichen nationalen Uniformität. Staatsträger konnte nur die einheitliche deutsche Nation sein, der sich alles, was am Staatsleben Anteil haben wollte, anpassen mußte.

Unter diesen Gegebenheiten ging die Emanzipation der Juden vor sich, und man forderte von den Juden für die Gewährung der Gleichberechtigung die Aufgabe der nationalen Sonderexistenz. Die Juden gingen auf diese Forderung ohne weiteres ein, und an die Stelle des mit der jüdischen Gemeinschaft national verbundenen Menschen trat der deutsche Staatsbürger, der sich von seinen Mitbürgern nur durch seinen mosaischen Glauben unterscheiden wollte.

Die Juden, die froh waren, der Enge des Ghettos entronnen zu sein, stürzten sich mit voller Kraft in das ihnen neu eröffnete Leben hinein. Schnell stiegen sie auf der sozialen Stufenleiter auf. Der Jude wurde einflußreicher Kaufmann. Er wurde Akademiker, er leistete Großes für den deutschen Namen auf dem Gebiete der

Medizin, der Technik, der Jurisprudenz usw. In verhältnismäßig kurzer Zeit waren die Juden in allen Zweigen des deutschen Kultur- und Wirtschaftslebens vertreten.

Damit sollte das jüdische Problem doch eigentlich erledigt sein. Und doch stimmte die Rechnung nicht. Es zeigte sich bald, daß die Hoffnung auf volle Eingliederung ein Traum gewesen war. Auch die größten Leistungen von Juden, auch wenn sie ausschließlich dem deutschen Interesse dienten, konnten eine letzte Kluft nicht überbrücken. Trotz aller Bemühungen blieb eine Fremdheit bestehen, und bald nach der Emanzipation regte sich neue Ablehnung, die sich schließlich in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zum politischen Antisemitismus verdichtete.

Die deutschen Juden hatten sich einer traurigen Selbsttäuschung hingegeben; sie hatten im Interesse der Eingliederung alles an jüdischen Werten, was ihnen von den Vätern überliefert war, abzustreifen versucht. Im Interesse der Gleichberechtigung hatten sie die Theorie vom „Staatsbürger jüdischen Glaubens" erfunden.

Aber alles war vergebens! Die Gleichheitserklärung selbst trug bereits ihren Todeskeim in sich. Fünf Jahre nach der reichsgesetzlichen Regelung der Gleichberechtigung (1874) entstanden antijüdische Strömungen, welche nach und nach zu einem leidenschaftlichen Antisemitismus ausarteten. Die Juden waren gezwungen, gesellschaftlich nur unter sich zu verkehren, da sie in nichtjüdische Kreise nicht hineinkommen konnten, so sehr sie sich auch darum bemühen mochten. Die nichtjüdische Umwelt empfand die Juden als ein besonders fremdes Element und stand allen Versuchen seitens der Juden, ihre jüdische Sonderart in Abrede zu stellen, mit Mißtrauen entgegen.

Auch das Auftreten der Juden im deutschen Kulturleben, das auf manchen Gebieten an eine Vorherrschaft grenzte, wurde trotz aller Leistungen als störend und sogar schädigend empfunden. Diese Meinung herrschte in weiten Kreisen, selbst in solchen, die sich vom Rassenfanatismus und dgl. frei glaubten.

Der Traum von der restlosen Eingliederung in das deutsche Volk ist heute ausgeträumt; das Lied vom „deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens" hat sich als unwahrhaftig erwiesen, und die Tatsache, daß die jüdische Sonderart sich erhalten hat und nicht verschwunden ist, ist offenkundig.

Die Assimilationsjuden erklärten immer, daß die Eingliederung in die deutsche Kulturgemeinschaft, die Aufgabe jeder stammlich-nationalen Sonderheit unbedingt notwendig sei, um die Forderung nach Gleichberechtigung aufstellen zu können. Diese Theorie hat sich als restlos falsch erwiesen. Mit ihr sind wir in die Sackgasse von heute gekommen.

Die Frage der Stellung der Juden im Staate bedarf einer anderen Regelung. An die Stelle haltloser Vermischung muß die Erkenntnis von der jüdischen Eigenart treten, und sie darf nicht in opportunistischer Absicht verschwiegen werden.

Wir haben kein Recht, die historisch feststehende Tatsache zu bestreiten, daß Gott Israel als ein „Reich von Priestern und ein heiliges Volk" gewählt hat, indem er ihm die 10 Gebote offenbarte, die später für die ganze zivilisierte Welt der Inbegriff aller Sittlichkeit geworden sind. (Exodus Kap. 19 u. 20.)

Wir müssen dagegen aber auch wissen, daß es für uns in der Teilnahme am Staats- und Kulturleben derjenigen Nationen, die das Judentum als ein fremdes Element empfinden, Grenzen gibt, deren Ueberschreitung mit unheilvollen Folgen verbunden ist.

Von diesem Standpunkte ausgehend, verlangen wir Gleichberechtigung. Diese Gleichberechtigung unterscheidet sich grundlegend von der bisherigen der deutschen Juden; sie entspricht aber in hohem Maße der Gleichberechtigung, die die jüdischen Minderheiten auf Grund der Friedensverträge in den osteuropäischen Staaten erhalten haben. Die Grundlage dieser Gleichberechtigung bildet die Feststellung der Eigenart der jüdischen Gemeinschaft, und der Anspruch auf Erhaltung und Schutz der jüdischen Sonderart ist in den Friedensverträgen völkerrechtlich anerkannt und geschützt.

Eine solche Gleichberechtigung verlangen wir auch für Deutschland. Das unehrliche Spiel mit der Verleugnung der stammlichen Eigenart muß durch eine völkerrechtliche Anerkennung als nationale Minderheit ersetzt werden. Auch dann wird es selbstverständlich Reibungen geben. Aber die Grundlage des gemeinsamen Zusammenlebens ist dann Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit!

Die Redaktion der „Jüdischen Welt" eröffnet hiermit über das Thema: „Das Problem der Stellung der Juden im Staate" die Diskussion und stellt den berufenen Persönlichkeiten, die von ihr ins Leben gerufene Tribüne zur Verfügung. Die Stellungnahme kann in einer der nachstehend angeführten Sprachen erfolgen: Deutsch, Hebräisch, Jiddisch, Englisch, Französisch, Polnisch und Tschechisch.*)

II. EREIGNISSE IM JÜDISCHEN LEBEN (MONATSREVUE)

Frankfurt a. M., 1. Mai. Das Kuratorium der Universität hat an die Seminar- und Institut-Direktoren sowie an die Universitäts-Bibliotheken folgendes Rundschreiben gerichtet:

1. Der Einkauf in jüdischen Geschäften wird sämtlichen Dienststellen untersagt.

2. Alle laufenden Verträge mit jüdischen Firmen sind sofort zum nächsten gesetzlich zulässigen Termin — unter Vorbehalt fristloser Kündigung bei entsprechender gesetzlicher Ermächtigung — zu kündigen.

Wien, 1. Mai. Die Palästinaregierung hat der Leitung der Weltorganisation Agudas Jisroel eine besondere Serie von 50 Einreisezertifikaten für orthodoxe Familien aus Deutschland zur Verfügung gestellt.

New York, 1. Mai. Präsident Roosevelt hat den hervorragenden New Yorker Rechtsanwalt Laurence Steinhardt, einen Juden, als Gesandten der Vereinigten Staaten in Schweden nominiert und diese Nominierung dem Senat zur Bestätigung unterbreitet.

Laurence A. Steinhardt, der 40 Jahre alt ist, wurde in New York geboren. Er erwarb sein Diplom als Rechtsanwalt an der Rechtsfakultät der Columbia-Universität und war bis heute Mitinhaber der

*) Es wird höfl. gebeten, Aufsätze über dieses Problem bis spätestens den 20. Juni einzusenden, damit eine Verzögerung der Fertigstellung der zweiten Nummer der „J. W." vermieden wird. Die Redaktion.

Rechtsanwaltsfirma Guggenheimer, Untermeyer und Marshall, der auch der verstorbene amerikanisch-jüdische Führer Louis Marshall angehörte. Mit dem bekannten Rechtsanwalt und Führer der Palästinabewegung in den Vereinigten Staaten, Samuel Untermeyer, der gleichfalls Teilhaber derselben Firma ist, ist er verwandtschaftlich verbunden. Gesandter Steinhardt, ein aktiver Zionist und Mitglied der Exekutive der amerikanischen Zionisten-Föderation, ist eine Autorität auf dem medizinisch-juristischen Gebiete. Er hat in der Zeitschrift der medizinischen Gesellschaft Amerikas eine Reihe von Aufsätzen über die juristische Seite gerichtsmedizinischer Probleme veröffentlicht.

Jerusalem, 2. Mai. Unter dem Namen „Gesellschaft zur Erlösung des Wassers" wurde eine neue jüdische Vereinigung gegründet, die in allen Teilen Palästinas Wasserbohrungen vornehmen und moderne Brunnenanlagen schaffen will, die an die Bevölkerung der einzelnen Ortschaften verkauft oder verpachtet werden sollen. Die erste Tiefbohrung soll in Afuleh, das unter starkem Wassermangel zu leiden hat, vorgenommen werden.

Jerusalem, 2. Mai. In letzter Zeit wurden in Palästina einige neue jüdische Bankinstitute gegründet. So wurde vor kurzem in Jerusalem ein kleineres Bankinstitut, die Manufacturers' Bank, eröffnet. Mit Unterstützung des Palestine Economic Board in London wurde eine Kolonistenbank gegründet. Sir Robert Waley-Cohen und Herr Walter Cohen haben anläßlich ihres vor kurzem erfolgten Besuchs in Palästina die weitere Hilfe des Board beim Ausbau der Kolonistenbank zugesagt. Der Verband der Allgemeinen Zionisten hat beschlossen, eine eigene Bank zu eröffnen, die zur Förderung der Ansiedlung von Mitgliedern des Verbandes Allgemeiner Zionisten bestimmt ist.

Berlin, 3. Mai. Wie Kreis 10 der Deutschen Studentenschaft mitteilt, werden von der Deutschen Studentenschaft Unternehmungen veranstaltet, die der Entfernung eines möglichst großen Teiles der Bücher jüdischer Autoren aus öffentlichen und privaten Bibliotheken dienen sollen. An die Berliner Bevölkerung wurde appelliert, am Samstag dem 6. und am Montag dem 8. Mai Lastwagen und Personenwagen zur Sammlung des erfaßten Schrifttums zur Verfügung zu stellen. Alle Deutschdenkenden wurden aufgefordert, aus ihren privaten Büchersammlungen alles marxistische und jüdische Schrifttum auszusondern und mit der Bezeichnung „Wider den undeutschen Geist" an das Deutsche Studentenhaus zu senden. Weitere Möglichkeiten zur Ablieferung von Werken jüdischer Autoren sollen noch bekanntgegeben werden. Der Aufruf der Studentenschaft schloß mit den Worten: „Nach dem 10. Mai darf es keine deutsche Hausbücherei, keine Studentenbibliothek mehr geben, in der sich ein undeutsches Buch befindet."

Lemberg, 3. Mai. Aus den vom deutschen Schulverband erhaltenen Schulen in Lemberg wurden sämtliche jüdischen Lehrer entlassen.

Amsterdam, 3. Mai. Im Laufe dieses Jahres wurden fünf neue Ortsgruppen der Organisation Schemiras Schabbos in Holland gegründet, und zwar in Zutfen, Deventer, Haarlem, Groningen und s'Hertogenbosch. Die Organisation umfaßt nunmehr 14 Ortsgruppen.

Jerusalem, 4. Mai. Die palästinensische Organisation der Agudath Israel hat soeben der Palästinaregierung ein Memorandum, betreffend die Frage der Anerkennung der Agudath Israel als religiöse Sondergemeinschaft, mit der Bitte um Weiterleitung an die Permanente Mandatskommission des Völkerbundes überreicht. Das Memorandum enthält die Bemerkungen und Einwände der Agudah gegenüber dem letzten Bericht der Mandatskommission zur Frage der Regierungsverordnung über die Organisation der religiösen Gemeinschaften in Palästina und die nachdrückliche Forderung nach offizieller Anerkennung einer gesonderten orthodox-jüdischen Religionsgemeinschaft in Palästina.

Vor einigen Tagen haben die Führer der Agudah in Palästina, Rabbi Hurwitz, Rabbi Blau und Dr. Buxbaum, ihre Forderungen dem deutschen Mitglied der permanenten Mandatskommission Ruppel, der nach Palästina gekommen war, um als Rapporteur über die Frage der jüdischen Religionsgemeinschaften vor Erstattung seines Berichtes an die Mandatskommission die Verhältnisse an Ort und Stelle zu studieren, unterbreitet.

Athen, 5. Mai. Ein soeben angenommenes Gesetz verbietet den in Griechenland ansässigen Ausländern die Ausübung von handwerklichen und einigen anderen Berufen. Die Parlamentskommission der regierenden Volkspartei hat beschlossen, dieses Gesetz vom 15. Juni an schrittweise in Kraft zu setzen, so daß es nach zwei Jahren zur vollen Auswirkung gelangt. Infolge dieses Gesetzes werden mehrere Hundert in Athen und Saloniki ansässige ausländische Juden in einiger Zeit genötigt sein, Griechenland zu verlassen.

Berlin, 5. Mai. In zahlreichen jüdischen Gemeinden wurde auf Anordnung der Landesverbände oder Oberräte an dem dem Tag der Arbeit vorangegangenen Sabbath von den Rabbinern in den Synagogen auf die Bedeutung des Tages hingewiesen, wobei betont wurde, daß das Judentum, in dessen Gesetzen der Freude an der Arbeit ein hoher Rang eingeräumt wird, volles Verständnis für das Bestreben der Regierung hat, die Arbeit in den Mittelpunkt des deutschen Lebens zu stellen.

Jerusalem, 5. Mai. In Semach an der syrisch-palästinensischen Grenze wurden 46 Juden verhaftet, die versucht hatten, illegal nach Palästina einzuwandern.

Saloniki, 5. Mai. Die neue tsaldaristische Regierung in Griechenland hat den Wiederaufbau des im Juni 1931 anläßlich der damals stattgefundenen antisemitischen Unruhen zerstörten jüdischen Campbell-Viertels und den Ausbau des nach der großen Feuersbrunst von 1917 errichteten provisorischen Lagers zu einem neuen großen jüdischen Viertel in Angriff genommen. Mit Hilfe einer von der Regierung garantierten 10-Millionen-Drachmen-Anleihe sollen zunächst im Viertel Régie Unterkunftsmöglichkeiten für 400 jüdische Familien geschaffen werden. Nach Durchführung dieses Planes wird somit das bisher von 1100 jüdischen Familien bewohnte Viertel um ein Drittel vergrößert sein.

Jerusalem, 7. Mai. Am Toten Meer wird gegenwärtig ein Bade- und Kurort angelegt, dessen erste öffentliche Einrichtungen, ein großes Restaurant am Seeufer mit Badeanstalt, soeben in Anwesenheit von Vertretern der Behörden und Interessenten jüdischer und arabischer Gesellschaften feierlich eröffnet wurden.

Jerusalem, 7. Mai. Die Siedlung bulgarischer Juden, Beth Chanan, wird vom Juni d. J. an bedeutend erweitert werden. Zugelassen werden neue Siedler mit einem Eigenkapital von mindestens 300 Pfund. Der Verkauf der Kolonieerzeugnisse wird auf kooperativem Wege vorgenommen.

Berlin, 7. Mai. Das Reichskabinett hat ein Gesetz betreffend die Zulassung von Steuerberatern angenommen, das im wesentlichen den Vorschriften des neuen Beamtengesetzes entspricht. Es wird ein Numerus clausus eingeführt, bereits erteilte Zulassungen für nichtarische Personen werden zurückgezogen.

Czernowitz, 7. Mai. Das Schnellgericht in Radautz verurteilte vier Einwohner eines benachbarten deutschen Dorfes, die anläßlich eines vor kurzem abgehaltenen Kongresses der „Eisernen Garde" an antisemitischen Straßenkundgebungen teilgenommen hatten, zu drei Wochen Gefängnis.

Bukarest, 7. Mai. Am 6. Mai kam es an der Jassyer Universität zu schweren Ausschreitungen cuzistischer gegen jüdische Studenten. Zwei Schwerverletzte wurden ins Lazarett gebracht. Obwohl Gendarmerie aufgeboten wurde, konnte die Ruhe erst in den Nachmittagsstunden wiederhergestellt werden.

Warschau, 7. Mai. Eine Abordnung des polnischen Zentralhilfskomitees für Juden aus Deutschland hat unter Führung des Abgeordneten Wiszlicki im Innenministerium vorgesprochen und mit den führenden Beamten der zuständigen Abteilungen längere Besprechungen betreffend die Lage der Flüchtlinge aus Deutschland abgehalten. In diesen Besprechungen wurde vereinbart, daß das Innenministerium demnächst ein Rundschreiben an die Organe der Verwaltungsbehörden im ganzen Land ergehen lassen wird, in dem diese aufgefordert werden, deutschen Bürgern, die aus politischen Gründen aus Deutschland nach Polen kommen, keine Schwierigkeiten beim Grenzübertritt und bei Erteilung der Aufenthaltsbewilligung zu machen. Ebenso soll in der Frage der Zuerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit an solche Personen verfahren werden, die die Voraussetzungen für das polnische Staatsbürgerrecht besitzen, aber infolge ihres bisherigen dauernden Aufenthaltes in Deutschland als Staatenlose geführt werden.

London, 8. Mai. Unter dem Vorsitze von Leon Simon fand am 8. Mai im Londoner jüdischen Gemeindehaus eine von der Zionistischen Vereinigung für London einberufene Versammlung statt, in der der Präsident der Zionistischen Weltorganisation und der Jewish Agency Nahum Sokolow über Palästinaaufbau und deutsches Judenproblem sprach:

„Die Lage der Juden in Deutschland, erklärte Sokolow, unterscheide sich wesentlich von der Lage der Juden in anderen Ländern zu Zeiten, in denen sie dort Zurücksetzungen und Bedrückungen ausgesetzt waren. So habe sich z. B. zur Zeit der russischen und polnischen Pogrome die gesamte Intelligenz der betreffenden Länder, alle ihre großen Schriftsteller, Künstler und Professoren, wie ein Mann auf die Seite der Juden gestellt. Wo aber finde man die Tolstois des heutigen Deutschlands? Keine einzige Stimme habe sich dort zur Verteidigung der Juden erhoben. Das Schauspiel der Vertreibung Hunderter jüdischer Rechtsanwälte von den Gerichten sei, wenn schon nicht mit Schadenfreude, so doch mit stumpfer Gleichgültigkeit mitangesehen worden.

Wie können wir, fuhr Sokolow fort, den deutschen Juden helfen? Jeder Jude sollte hier für sein Teil etwas tun; und vor allem muß hier aus England Hilfe kommen, aus einem Lande, das verglichen mit der übrigen Welt noch in relativ glücklichen Verhältnissen lebt. Wie können wir glauben, daß wir hier unter einer Krise leiden, wenn wir uns die Lage der vor Hunger hinsterbenden jüdischen Bevölkerung Polens und Litauens vor Augen halten?

Es ist gesagt worden, man müsse für die deutschen Juden eine Zufluchtsstätte in jenen Ländern finden, die bereit sind, sie aufzunehmen. Aber bedeutet dies eine Lösung der Judenfrage? Herzl sagte, Antisemitismus führe zur Auswanderung; aber auch umgekehrt führt Auswanderung zu Antisemitismus, denn die Juden tragen, wie unser großer Führer sagte, auf ihren Wanderungen den Antisemitismus von einem Lande in das andere. Die Judenfrage in Deutschland betrifft nicht die deutschen Juden allein; sie betrifft die Judenemanzipation in allen Ländern, sie trägt epidemischen Charakter. Wir müssen uns davor hüten, die ersten Anzeichen solcher Bewegungen allzu leicht zu nehmen.

Auf meinen Reisen durch die ganze Welt, erklärte Sokolow, habe ich ein einziges Land gefunden, in dem die Menschen glücklich und zufrieden leben und an den Erfolg ihrer Arbeit glauben: Palästina. Dort gibt es noch genug Niemandsland. Zehn Städte wie Tel Awiw mit seinen 60.000 Einwohnern könnten dort noch errichtet werden. Für eine große Zahl von Juden ist noch Platz vorhanden. Und es würde schwer halten, zur Auffüllung des Landes bessere Kolonisten zu finden, als die deutschen Juden mit ihrem Pioniergeist und ihrer Erfahrung. Sie würden deutsche Systematik, Disziplin und Unternehmungsgeist mitbringen. Ich wünschte, eine große und blühende deutsche Judenheit in Palästina entstehen zu sehen."

Frankfurt a. M., 8. Mai. Der Direktor des Statistischen Amtes, Dr. Busch, stellt in seiner neuesten Veröffentlichung aus seinen Forschungen über die Bevölkerungsbewegung in Frankfurt a. M. fest, daß die konfessionelle Zusammensetzung der mittleren Jahresbevölkerung von 533.500 unter Annahme des gleichen Verhältnisses der Aufteilung wie zur Zeit der letzten Volkszählung sich folgendermaßen darstellt: 178.200 Katholiken, 29.300 Juden, 22.500 Angehörige anderer Religionsgemeinschaften und Dissidenten. Bei 198 jüdischen Eheschließungen i. J. 1932 waren 56 Mischehen, also 30.8 Prozent. 169 jüdischen Geburten standen 351 Todesfälle gegenüber. Die Zahl der Geburten aus Mischehen betrug 11.

Berlin, 8. Mai. Das Berliner Sondergericht verurteilte den 37jährigen Immobilienmakler Ernst Benedix zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis, weil er am 1. April in einer Konditorei in Erkner auf die Frage des Wirts nach seinem Befinden geantwortet hatte: „Da fragen Sie noch bei diesem Boykott!" und daran Beleidigungen des Reichskanzlers geknüpft hatte. Auch sprach er von durch SA. zerstückelten Judenleichen.

Von dem 52 Jahre alten Butterhändler Theodor Fons, der u. a. erklärt hatte, in den Zeitungen werde zwar viel geschrieben, aber nichts davon, daß Hunderte von Juden in Berlin totgeschlagen und erschossen wurden und in den Kellern liegen, nahm das Gericht an, daß er seine Behauptungen weniger aus Böswilligkeit, als aus Klatschsucht aufgestellt hatte, und verurteilte ihn zu bloß einem Monat Gefängnis.

Vom Frankfurter Sondergericht wurde ein Angestellter, der die Erzählung von dem angeblich in Worms aufgehängten Juden weitergegeben hatte, zu sechs Monaten Gefängnis, ein 22jähriger Viehhändler aus Selters im Westerwald gleichfalls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er erzählt hatte, in Westerburg sei ein Jude verhaftet worden, weil er einem Bauern Munition angeboten habe. Ferner fragte er, ob es nicht bekannt sei, daß 20 uniformierte SA.-Leute am Bett eines Viehhändlers in Koblenz mit Revolvern erschienen seien, um die Unterschrift dreier Quittungen zu erzwingen. Der Fall eines Schlossers, der erzählt hatte, sechs uniformierte SA.-Leute seien in Köln in die Wohnung eines Juden gedrungen, hätten ihn mit dem Revolver bedroht und zwingen wollen, einen Scheck über 12.000 Mark zu unterschreiben, wurde zwecks eidlicher Vernehmung des Kölner Einwohners vertagt.

Prag, 8. Mai. Im Prager Repräsentationshaus fand die erste Konferenz tschechoslowakischer Legionäre jüdischen Glaubens statt, die den Grundstein zu einer jüdischen Legionärorganisation legte. Die stark besuchte Tagung wurde von Vertretern von 16 Gruppen begrüßt. Unter den Teilnehmern befanden sich u. a. der Vorsitzende der tschechoslowakischen Legionärgemeinde Dr. Rase, Oberst Makovec und der ehemalige Minister Husak. Die Konferenz beschloß die Gründung einer Landesorganisation jüdischer Legionäre.

Berlin, 9. Mai. Innenminister Frick hat eine neue Durchführungsverordnung zum Gesetze über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erlassen, in der die bisherigen Bestimmungen über die Wiederzulassung nichtarischer Beamter in gewissen Punkten verschärft werden. Während bisher die Bestimmung galt, daß jene nichtarischen Beamten, die schon vor dem 1. August 1914 in Dienst waren nicht in den Ruhestand zu versetzen sind, wird auf Grund der neuen Durchführungsverordnung gefordert, daß solche Beamten dauernd Beamte waren und sich in hervorragendem Maße bewährt haben. Bemerkenswert ist, daß zum erstenmal durch diese Verordnung festgestellt wird, daß die Bestimmungen des Gesetzes sich auf jüdische Lehrer, die an jüdischen Schulen angestellt sind, nicht beziehen.

Auch der Begriff des Frontkämpfers, der für die ausnahmsweise Zulassung jüdischer Beamter maßgebend ist, wird in der neuen Durchführungsverordnung näher definiert. Als Frontkämpfer gilt, wer bei einer fechtenden Truppe an einer Schlacht, einem Gefecht, am Stellungskampf oder an einer Belagerung teilgenommen hat, ebenso, wem das Verwundetenabzeichen verliehen ist, und wer infolge einer schweren Kriegsbeschädigung ausgeschieden ist. (Die beiden letztgenanten Merkmale können als Ersatz für die sonst eventuell nicht nachzuweisende Teilnahme an einer Kampfhandlung gelten.)

Wien, 9. Mai. Am Anatomischen Institut der Wiener Universität kam es am 9. Mai zu Angriffen auf jüdische Studenten. Mehr als 40 Studenten erlitten erhebliche Verletzungen. Die Einrichtung des Anatomischen Instituts wurde schwer beschädigt, so daß das Institut geschlossen werden mußte. An den Zusammenstößen beteiligten sich etwa 300 Studierende. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

Alexandria, 9. Mai. Die jüdische Gemeinde Alexandria hat beschlossen, im Rahmen einer Hilfsaktion für deutsche Juden einen Fonds zu schaffen, aus dessen Mitteln eine Kolonie deutscher Juden in Palästina errichtet werden soll.

Wien, 9. Mai. Die an der Wiener Universität stattgefundenen judenfeindlichen Ausschreitungen trugen einen besonders ernsten Charakter. Unter den verletzten jüdischen Studenten befinden sich auch mehrere weibliche Hörerinnen. Mehrere Studenten waren, da alle Ausgänge von den Angreifern blockiert worden waren, genötigt aus den Fenstern zu springen. Einige trugen schwere Beinbrüche davon. Viele Knochen- und Kopfverletzungen sind darauf zurückzuführen, daß die antisemitischen Studenten bei ihrem Angriff Ketten und Stricke, in die Bleistücke eingeknotet waren, als Waffen benutzten. Die Zusammenstöße griffen vom Universitätsgebäude auf das chemische und anatomische Institut über. Die angegriffenen Studenten wurden durch Polizei und Feuerwehr, die an die blockierten Gebäude Leitern angelegt hatte, ins Freie gebracht.

Berlin, 9. Mai. Professor Max Liebermann hat seinen Austritt aus der Preußischen Akademie erklärt und sein Amt als Ehrenpräsident niedergelegt. Seinen Entschluß begründet er in folgender Erklärung:

„Ich habe während meines langen Lebens mit allen meinen Kräften der deutschen Kunst zu dienen gesucht: Nach meiner Ueberzeugung hat Kunst weder mit Politik noch mit Abstammung etwas zu tun, ich kann daher der Preußischen Akademie der Künste, deren ordentliches Mitglied ich seit mehr als dreißig Jahren und deren Präsident ich durch zwölf Jahre gewesen bin, nicht länger angehören, da dieser mein Standpunkt keine Geltung mehr hat. Zugleich habe ich das mir verliehene Ehrenpräsidium der Akademie niedergelegt."

Berlin, 11. Mai. Die von der deutschen Studentenschaft angekündigten öffentlichen Verbrennungen der aus den Bibliotheken ausgemerzten Bücher jüdischer und anderer Autoren sind am Abend des 10. Mai in allen deutschen Universitätsstädten programmgemäß verlaufen. In Berlin bewegte sich der von Musikkapellen begleitete und von Fackelträgern flankierte Zug der Studenten bei strömendem Regen durch das Brandenburger Tor über die Hauptstraße Unter den Linden zum Opernplatz. Ein dichtes Menschenspalier umsäumte die von den Studenten passierten Straßen. Die Teilnehmer an der Kundgebung waren zum Teil in Wichs, zum Teil in Zivil mit Kappe und Band und in Braunhemden erschienen. Auf dem Opernplatz hatte sich eine dichte Menschenmenge angesammelt. Von der Freitreppe des Opernhauses, von den Balkonen der umgebenden Häuser und von den Fenstern der gegenüberliegenden Universität aus verfolgten weitere Hunderte das Schauspiel. Gegen 11 Uhr rückte der Zug der Studenten an. Auf einer Stange wurde eine Büste des Sexualforschers Magnus Hirschfeld, dessen Institut anläßlich der Aktion der Studentenschaft vollkommen durchsucht worden war, mitgetragen. Die großen Lastautos, auf denen die zur Verbrennung bestimmten Bücher herangeführt wurden, trugen Inschriften wie „Die deutschen Studenten marschieren wider den undeutschen Geist" und ähnliche. Feuerwerker hatten den Holzstoß auf dem Opern-

platz mit Petroleum übergossen, so daß die Flammen hoch emporloderten, als die brennenden Fackeln auf den Scheiterhaufen geworfen wurden. Der Führer des Kreises Brandenburg der deutschen Studentenschaft, Gutjahr, hielt eine Ansprache, in der erklärte, die Studenten wollten der Entnervung der Volkskraft Einhalt gebieten. Man habe Gift über die Jugend ausgestreut und keiner von den früheren Machthabern habe sie davor geschützt. Nun schreite die deutsche Studentenschaft selbst zur Tat. Sodann wurden die Werke der auf die schwarzen Listen gesetzten Autoren, darunter die von Karl Marx, Sigmund Freud, Heinrich Mann, Remarque, Emil Ludwig, Lion Feuchtwanger-, Stefan Zweig und, dem Berichte des „Berliner Tageblatt" zufolge, auch solche englischer und französicher Autoren, von den Vertretern der einzelnen Studentengruppen ins Feuer geworfen. Dabei wurden sogenannte „Feuersprüche" gesprochen wie z. B. „Wir wollen keine Verfälschung deutscher Geschichte, darum übergeben wir Emil Ludwig-Cohn dem Feuer!" — „Wir wollen keine volksfremde Politik, darum hinein in die Flammen mit Theodor Wolff und Georg Bernhard!" — „Wir wollen keine Entsittlichung des Volkes, darum brenne, Magnus Hirschfeld!". Schließlich wurde auch Hirschfelds Büste auf den Scheiterhaufen geschleudert Es folgte eine Ansprache des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels, der u. a. erklärte:

„Die Zeit des überspitzten jüdischen Intellektualismus ist zu Ende, der Durchbruch der deutschen Revolution hat auch dem deutschen Geist wieder die Gasse freigemacht. Aber ein Revolutionär muß ebenso groß sein im Niederreißen der Unwerte wie im Aufbau der Werte. Wenn ihr Studenten euch das Recht nehmt, den geistigen Unflat in die Flammen zu werfen, dann müßt ihr auch die Pflicht auf euch nehmen, an Stelle dieses Unflats einem wirklichen deutschen Geist den Weg freizumachen."

Mit Chorgesang wurde die Feier abgeschlossen.

In Frankfurt a. M. wurde die Bücherverbrennung auf dem Römerberg vorgenommen. Der feierliche Transport der Schriften zum Scheiterhaufen erfolgte auf einem von zwei Ochsen gezogenen Mistwagen. Bei der Bücherverbrennung in München sprach der bayerische Kultusminister Schemm. In Königsberg fand die Verbrennung der eingesammelten Bücher trotz strömenden Regens statt.

Berlin, 12. Mai. Die wiederzugelassenen nichtarischen Rechtsanwälte verteilen sich auf die einzelnen preußischen Oberlandesgerichtsbezirke laut folgender Aufstellung, in der die sogenannten Alt-Anwälte (bereits vor August 1914 zugelassene Anwälte) mit A, die auf Grund ihrer Teilnahme am Frontkampf zugelassenen mit F bezeichnet werden. Hierzu ist zu bemerken, daß selbstverständlich auch sehr viele „Alt-Anwälte" Frontkämpfer waren. Berlin: 797 A, 406 F, zusammen 1203 (früher 1998). Königsberg: 53 (33 A, 20 F), früher 105, Marienwerder: 10 (6 A, 4 F), früher 17. Breslau: 239 (164 A, 75 F), früher 364. Stettin: 47 (23 A, 24 F), früher 59. Kiel: 46 (27 A, 19 F), früher 54. Celle: 56 (31 A, 25 F), früher 84. Ham: 90 (65 A, 25 F), früher 158. Kassel: 31 (19 A, 12 F), früher 41. Naumburg: 53 (32 A, 21 F), früher 95. Düsseldorf: 88 (55 A, 33 F), früher 141. Köln: 77 (40 A, 37 F), früher 124. Frankfurt a. M. 165 (91 A, 74 F), früher 275.

Berlin, 12. Mai. Der Reichsarbeitsminister hat durch die Verordnung vom 22. April 1933 für die kassenärztliche Behandlung der Sozialversicherten, darunter der zurückgekehrten Kriegsbeschädigten, bestimmt, daß nur arische Aerzte zugelassen sind. In Auswirkung der genannten Verordnung hat der Reichsarbeitsminister nunmehr in einem Erlaß an die Hauptversorgungsämter vorgeschrieben, daß auch die gleichen Vorschriften auf die Behandlung nichtversicherter Kriegsbeschädigter anzuwenden sind.

Berlin, 12. Mai. Am 11. Mai wurde vor dem Berliner Sondergericht der Prozeß gegen den 63jährigen wegen Verbreitung von Greuelnachrichten angeklagten staatenlosen Pferdemakler Isidor Klein in zweiter Verhandlung durchgeführt, nachdem in der ersten Verhandlung dem Antrag des Beschuldigten auf Einvernahme weiterer Zeugen stattgegeben worden war. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der erzählt hatte, das entführte Kind einer jüdischen Familie sei nach 8 Tagen als zerstückelte Leiche vor die elterliche Haustür gelegt worden, einem anderen Kinde habe man das Gesäß abgeschnitten und die Wunde mit Salz und Pfeffer bestreut, dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend, zu 15 Monaten Gefängnis.

Neuyork, 14. Mai. Wie der Leiter der Palästina-Kampagne für Groß-Neuyork Nathan Strauß jun. bekanntgibt, haben zahlreiche nichtjüdische Freunde des Palästina-Aufbaus sich mit größeren Beiträgen an der jetzt in Neuyork durchgeführten Sammlung beteiligt. So hat der päpstliche Marquis Georde MacDonald 1000 Dollar mit einem Begleitbrief übersandt, in dem er seine Sympathien für den Aufbau des Jüdischen Nationalheims in Palästina, wo heimatlose Juden aus allen Ländern Sicherheit und Freiheit finden sollen, zum Ausdruck bringt. Der Präsident der amerikanischen Tabakgesellschaft George Hill hat 500 Dollar gespendet, von John F. Curry und James J. Hines sind je 250, von Major John O'Brien 100 Dollar eingelangt.

Berlin, 14. Mai. Wie der „Berliner Beobachter" mitteilt, hat Staatskommissar Hafemann bekanntgegeben, daß alle laufenden Verträge der Stadt Berlin mit jüdischen Aerzten und Zahnärzten gelöst und ihre Stellung mit nationalen Aerzten besetzt wurden. Ferner habe er einen hauptamtlichen jüdischen Vertrauensarzt und dessen Büroschwester entfernt, sowie die Stellen von Krankenbesuchern eingespart. Weiters seien Lieferungsverträge mit dem Konsumverein und dem Warenhaus Hermann Tietz gelöst worden.

Tanger, 14. Mai. In Rabat, der Residenz des Sultans von Marokko und Hauptstadt der französischen Interessensphäre, ist es am Abend des 10. Mai zu schweren judenfeindlichen Ausschreitungen gekommen. Im Verlauf eines Streites hatte ein jüdischer Einwohner seinen arabischen Gegner in Notwehr niedergestochen und dieser erlag im Hospital seiner Verletzung. Obwohl dieser Zwischenfall keinerlei politischen Charakter trug, wurde er von antisemitischen Agitatoren dazu ausgenutzt, die arabische Bevölkerung gegen die jüdischen Einwohner aufzuwiegeln. Es kam zu Gewalttaten gegen friedliche Bürger und zur Plünderung von Läden. Die Behörden haben sofort alle Maßnahmen zum Schutz jüdischen Lebens und Eigentums ergriffen. Zur Unterstützung der Polizei wurden Truppen herangezogen, alle Zugänge zum jüdischen Viertel Mellah sind militärisch bewacht. Rabat gleicht einer belagerten Stadt. Ueber 100 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Ausschreitungen in Rabat, wo unter einer Gesamtbevölkerung von 14.000 Seelen 4000 Juden leben, haben unter der jüdischen Bevölkerung Marokkos Bestürzung hervorgerufen. Es wird darauf hingewiesen, daß erst vor kurzem auch in Casablanca antijüdische Unruhen sich ereignet haben. Es steht außer Zweifel, daß diese Unruhen von ausländischen Agitatoren geschürt werden. Ein junger Araber namens Bermussi wurde verhaftet, als er einige hundert Araber mit zum Faschistengruß erhobenen Armen photographierte.

Warschau, 15. Mai. Ein tragischer Fall wird aus Bialystok gemeldet: Dort hatte sich ein jüdischer junger Mann die Verbrennung der Bücher in Deutschland so zu Herzen genommen, daß er darüber wahnsinnig wurde. Die Nacht des Autodafés verbrachte er weinend über den ihm lieb gewordenen deutschen Büchern, gegen Morgen schichtete er alle im Hause befindlichen Bücher zu einem Scheiterhaufen zusammen, den er schreiend und irre Rufe ausstoßend entzündete. Der Unglückliche wurde ins Krankenhaus eingeliefert.

Lodz, 15. Mai. In Lodz fand die Bestattung der aus Neuyork überführten Leiche des vor kurzem verstorbenen Bundisten-Führers Israel Lichtenstein statt. Im Trauerzuge schritten 5000 bis 6000 Menschen, unter ihnen viele Delegationen jüdischer Vereine und Anstalten, so z. B. der jüdischen Schulorganisation, der rechten Poale Zion, des Lodzer Stadtrats u. v. a. Am offenen Grabe sprachen Mitglieder des bundistischen Zentralkomitees, der Bürgermeister von Lodz Zsemiensky, sowie Vertreter der polnischen und der deutschen Arbeiterpartei.

Tel Aviv, 16. Mai. Eine Gruppe jüdischer Unternehmer in Tel Aviv hat die Errichtung der ersten Papierfabrik Palästinas beschlossen. Das für die neue Fabrik notwendige Maschineninventar ist bereits in Tel Aviv eingetroffen.

Warschau, 16. Mai. Im Alter von 55 Jahren ist in Warschau der bekannte jiddische und hebräische Schriftsteller und Pädagoge Mosche Gerson Feldstein, bekannt unter dem Pseudonym Reb Mosche, gestorben. Feldstein war langjähriger Mitarbeiter der jiddischen Tageszeitung „Hajnt" und der hebräischen Tageszeitung „Hazefira". Seine humoristischen Skizzen waren sehr geschätzt.

Jerusalem, 16. Mai. In dem der Jahreskonferenz der jüdischen Aerzte Palästinas, die soeben in Tel Aviv abgehalten wurde, vorgelegten Bericht wird die Zahl der Anfang 1933 in Palästina niedergelassenen Aerzte mit 626 angegeben. Von diesen waren 452 Juden; 36 jüdische Aerzte übten keine Praxis aus, 62 waren bei der jüdischen Arbeiterkrankenkasse (Kupath Cholim), 36 bei der Hadassah, 76 bei anderen Instituten angestellt. Dem Gesundheitsdepartement der Regierung gehören bloß 7 jüdische Aerzte an. In Tel Aviv praktizieren 192 jüdische Aerzte.

Brüssel, 16. Mai. Die belgische Presse veröffentlicht einen von 18 berühmten Professoren belgischer Universitäten unterzeichneten offenen Brief, in dem diese an die Mitglieder der Preußischen Akademie der Wissenschaften den Appell richten kollektiv zur Beseitigung jüdischer Gelehrter von den deutschen Hochschulen Stellung zu nehmen. In dem Brief der belgischen Professoren — durchwegs Nichtjuden — heißt es u. a.:

Durch die Beseitigung jüdischer Professoren aus ihrem Amte verlieren die Universitäten Elemente, die mit zur Begründung des Ruhmes der betreffenden Hochschulen beigetragen haben. Diese Maßnahme ist für die Zukunft des Hochschulwesens kromprommittierend. Gewiß ist es unzulässig, sich in die Angelegenheit eines fremden Landes einzumengen. Aber Fragen der Geistigkeit interessieren ebenso wie solche des Friedens aller Völker ohne Ausnahme. Wie ist es möglich, gleichgültig zu bleiben und auf unmögliche Art behandelt zu werden?

Die ganze Kulturwelt, heißt es in dem Briefe weiter, ist darüber erstaunt, daß die geistigen Führer Deutschlands bis heute noch nicht gegen diese Verletzung des Grundsatzes der Gerechtigkeit Einspruch erhoben haben. Wir fordern auch Akademiker auf, alle Intellektuellen in Deutschland ohne Unterschied von Rasse und Glauben in euren hohen Schutz zu nehmen.

Unter den Unterzeichnern des offenen Briefes befinden sich der ehemalige Präsident des belgischen Senates und Inhaber des Nobelpreises für Frieden Lafontaine der Rektor der Universität in Gent Vermeulen, der Präsident der Königlich-Belgischen Akademie der Wissenschaften und ehemalige Unterrichtsminister Prof. d'Estre und andere belgische Gelehrte von Weltruf.

Jerusalem, 16. Mai. Auf der Anglo Palästina-Ausstellung, die demnächst in London eröffnet wird, werden 47 Stände ausschließlich palästinesichen Industrien, Wirtschaftszweigen und Institutionen gewidmet sein. U. a. haben die hebräische Universität, die Jewish Agency, der Jüdische Nationalfonds, die Palestine Potash Ltd., die Palestine Electric Corporation, die Stadt Tel Aviv, die PJCA, sowie viele industrielle, landwirtschaftliche und andere wirtschaftliche Unternehmungen, ferner Kunst- und Erziehungsinstitute eigene Stände angemeldet. — Der letzte Transport von Ausstellungsgegenständen ist soeben von Palästina nach London abgegangen.

Czernowitz, 17. Mai. An der Czernowitzer Universität ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen cuzistischen und jüdischen Studenten gekommen. Im Verlauf der Kämpfe wurden die jüdischen Hörer der juridischen Fakultät Herbert Picker, David Kraft, Otto Schächter und Ch. Rothschild erheblich verletzt. Gegen die excedierenden Studenten wurde Militär aufgeboten. Der Rädelsführer bei den Ausschreitungen, ein Mitglied der Leitung der cuzistischen Studentenschaft wurde verhaftet.

Jerusalem, 17. Mai. In einem offiziellen Communiquee wird eine Aktion der Palästina-Regierung zur Förderung der Entwicklung der Konserven-Industrie in Palästina angekündigt. Diese Aktion wird mit Rücksicht auf den ununterbrochen wachsenden Ueberschuß der palästinensischen Obst- und Gemüseproduktion über den Inlandsbedarf, die stetige Vergrößerung der Anbauflächen und die wachsende Konkurrenz auf den ausländischen Märkten in Angriff genommen.

Jerusalem, 17. Mai. Auf Grund eines Uebereinkommens mit der Leitung der Jewish Agency wird mit der Errichtung einer Kolonie für 35 Mittelstandsfamilien auf dem Gebiete von Wadi Hawarith begonnen.

New York, 21. Mai. Das American Joint Distribution Committee hat soeben einen auf das Gesamtgebiet der Vereinigten Staaten sich erstrek-

kenden Drive proklamiert. Es soll ein Betrag von zwei Millionen Dollar für die Aktion zur Rettung deutscher Juden aufgebracht werden.

New York, 21. Mai. Auf der soeben abgehaltenen Tagung des American Jewish Congreß wurde bekanntgegeben, daß Professor Albert Einstein sich bereit erklärt habe, das Ehrenpräsidium des bevorstehenden jüdischen Weltkongresses zu übernehmen. Nach Erörterung der politischen Weltlage wurde beschlossen, einen Fonds von einer Million Dollar zwecks Durchführung einer intensiven Aufklärungsarbeit zur Abwehr antisemitischer Strömungen in allen Ländern, wo solche auftauchen sollten, aufzubringen. Es soll dafür gesorgt werden, daß weiterhin die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf Vorgänge und Maßnahmen konzentriert bleibe, die den Grundsätzen der Menschlichkeit widersprechen und die Würde des jüdischen Volkes verletzen. Dr. Stephen S. Wise hielt eine Ansprache, in der er auf die Gefahren des Antisemitismus hinwies und die Hoffnung aussprach, daß Präsident Roosevelt mithelfen werde, die Welt von diesen Gefahren zu befreien.

Tel Aviv, 22. Mai. Wie die technische Abteilung des Magistrats der Stadt Tel Aviv mitteilt, wurden im Monat April 1933 192 Baubewilligungen, darunter 66 für Neubauten, erteilt. Von den Neubauten waren 13 dreistöckige Häuser. Die Baubewilligungen betreffen 537 neue Wohnräume, davon 142 in bestehenden Gebäuden.

Das an der Peripherie von Tel Aviv gelegene Borochow-Viertel soll jetzt mit finanzieller Unterstützung einer Gruppe englischer Juden, die ein Kapital von 10.000 Pfund beistellen, um 40 neue Häuser erweitert werden. Die Rückzahlung der Anleihe soll im Laufe von sieben Jahren erfolgen.

Tel Aviv, 22. Mai. In Anwesenheit von Vertretern zahlreicher Behörden, unter ihnen fast aller Mitglieder des Konsularkorps von Tel Aviv und der in Jaffa ansässigen Konsuln Persiens und Boliviens, der Oberrabbiner Uziel und Aaronson, des ersten Distriktsbeamten A. Epstein, des Vertreters der Jewish Agency, Farbstein, und vieler Vertreter von geschäftlichen Unternehmungen und Banken, wurde in Tel Aviv eine Niederlassung der polnischen Nationalbank feierlich eröffnet. Der Direktor der Bank gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neue Niederlassung dazu beitragen werde, die Beziehungen zwischen den Bürgern des jüdischen Staates und des von ihm vertretenen Landes auf wirtschaftlichem Gebiete zu intensivieren. Der polnische Konsul Dr. Hausner betonte Polens Interesse am Aufbaue des Jüdischen Nationalheims in Palästina. Namens der Jewish Agency sprach Herr Farbstein.

Jerusalem, 22. Mai. Der Kanzler der Hebräischen Universität in Jerusalem, Dr. Juda L. Magnes, entwickelte in einer an der Universität abgehaltenen Pressekonferenz den Plan, in Jerusalem eine jüdische Weltakademie der Wissenschaften ins Leben zu rufen, der alle jüdischen Forscher und Gelehrten, die in der wissenschaftlichen Welt besondere Bedeutung erlangt haben, angehören sollen. Mit zu den Aufgaben dieser Akademie, die an die Hebräische Universität anzugliedern wäre, soll es gehören, die wissenschaftlichen Grundlagen für die Abwehr des Antisemitismus zu schaffen. In der Pressekonferenz ergriff auch der hebräische Nationaldichter Ch. N. Bialik das Wort. Er erklärte, die Hebräische Universität müsse zum Zentrum des jüdischen Geistes und der jüdischen Seele werden, und forderte die Vertreter der Presse auf, immer wieder auf die Bedeutung der Universität für die Weltjudenheit hinzuweisen.

Jerusalem, 22. Mai. Die Regierung hat beschlossen, eine Summe von 30.000 bis 35.000 Pfund zum Ausbau der zum Hafen von Jaffa führenden Straßen zur Verfügung zu stellen. Die Stadtgemeinde Jaffa hat ebenfalls 20.000 Pfund für diesen Zweck bewilligt. Der Ausbau der Straßen ist infolge der steigenden Bedeutung des Jaffaer Hafens notwendig geworden.

Jerusalem, 22. Mai. In einem Regierungskommuniqué wird verlautbart, daß die technische Abteilung des Colonial Office den Plan einer großen Wasserleitung für Jerusalem, die Wasser aus dem Yarkon-Fluß nach Jerusalem leiten soll, genehmigt hat. Eine Gruppe jüdischer Finanzleute hat sich bei der Regierung um Erteilung der Konzession für die Errichtung der Wasserleitung beworben und sich bereit erklärt, ein Kapital von 300.000 Pfund in dieses Unternehmen zu investieren.

Jerusalem, 22. Mai. Wie auf der soeben abgehaltenen Jahresversammlung des Verbandes der polnischen Juden mitgeteilt wurde, wurden in letzter Zeit Zweigvereine des Verbandes in Tiberias und Safed gegründet; bisher bestanden Zweigvereinigungen in Jerusalem und Tel Aviv. In einer der auf der Tagung gefaßten Entschließungen wird der polnischen Regierung der Dank dafür ausgesprochen, daß sie den aus Deutschland ausgewanderten Juden Erleichterungen gewährt habe. Die Schaffung einer geeinigten Front des polnischen Judentums in der Hilfsaktion für die deutschen Juden wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Als Antwort auf die Zurücksetzung der Juden in Deutschland und in anderen Ländern wurde von der Versammlung die Forderung nach Freiheit der jüdischen Einwanderung nach Palästina aufgestellt. Der neugewählte Verbandsvorstand setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Dr. Zel-Zion, Vorsitzender, Ing. Zimmermann, Vizevorsitzender, und Sanpiri, Schriftführer.

Warschau, 22. Mai. Das in polnischer Sprache erscheinende jüdische Tageblatt „Nasz Przeglad" berichtet über antijüdische Ausschreitungen in einer Reihe von Ortschaften Wolhyniens. In Rafalowka haben junge Ukrainer die Fensterscheiben in jüdischen Häusern zertrümmert. Drei Exzedenten wurden verhaftet. In Koberburg kam es zu Ueberfällen auf Juden, von denen einige ernste Verletzungen erlitten.

Wien, 23. Mai. In der niederösterreichischen Stadt St. Pölten ist es zu antisemitischen Ausschreitungen gekommen. Die Schaufenster jüdischer Geschäfte und die Fenster von Wohnungen jüdischer Bürger wurden zertrümmert. Jüdische Frauen wurden auf der Straße von Demonstranten mit Steinen beworfen. Zwei junge Mädchen wurden verletzt.

Tel Aviv, 23. Mai. Der Stadtrat von Tel Aviv hat die Errichtung von Notbauten zur Aufnahme der Einwanderer aus Deutschland beschlossen und vor-

läufig 5000 Pfund für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.

Belgrad, 25. Mai. Der Bund der jüdischen Gemeinden in Jugoslawien organisiert in allen Gemeinden Ausschüsse zur Hilfeleistung für die deutschen Juden. Die Ausschüsse befassen sich hauptsächlich mit der Beschaffung von Unterkünften und mit der Beköstigung mittelloser Juden aus Deutschland. Das zentrale Hilfsaktionskomitee fordert die gesamte Judenheit Jugoslawiens auf, die Fonds der Jewish Agency reichlicher zu bedenken, um die Schaffung einer sicheren Heimstätte für die aus Deutschland auswandernden Juden zu ermöglichen.

Frankfurt a. M., 25. Mai. Wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, wurde im Tübinger Gemeinderat von der NSDAP. ein Antrag eingebracht, in dem es u. a. heißt: „Juden und Fremdrassigen ist der Zutritt zu der Städtischen Freibadeanstalt zu verwehren". Der Antrag wurde mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Paris, 25. Mai. Das französische Kabinett befaßte sich in seiner Sitzung vom 24. Mai mit der Frage der nach Frankreich gekommenen deutschen Juden, deren Zahl amtlich auf 25.000 geschätzt wird. Es wurde beschlossen, in Zusammenarbeit mit den sich mit jüdischer Flüchtlingsfürsorge befassenden Organisationen geeignete Maßnahmen zu treffen, um Existenzmöglichkeiten für die jüdischen Einwanderer zu schaffen.

London, 25. Mai. Der unter dem Präsidium Lord Readings, Lionel de Rothschilds, Dr. Chajim Weizmann, Nahum Sokolows und des Chief Rabbi Dr. J. H. Hertz stehende „Britische Zentralfonds für die deutsche Judenheit" hat soeben den angekündigten „dringenden Appell" an die englische Judenheit, der von einer tragischen Katastrophe betroffenen deutschen Judenheit zu Hilfe zu kommen, veröffentlicht. In dem Aufruf heißt es, tausende von Juden hätten heute in Deutschland infolge der gegen sie getroffenen Maßnahmen keine Aussicht, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und keine Hoffnung für die Zukunft. Deshalb solle ein Zentralfonds aufgebracht werden, der groß genug sein müsse, um den Leidenden sofortige Hilfe zu sichern und die Inangriffnahme des jetzt gestellten ungeheuren Problems von verschiedenen Seiten her zu ermöglichen. Die von Tag zu Tag sich verändernde Lage mache es unmöglich, vorauszusagen, welche Art von Hilfe jeweils in erster Reihe notwendig sein werde. Im Hinblick darauf, daß Palästina denjenigen, die auszuwandern genötigt sind, die besten Aussichten für den Aufbau eines neuen Lebens biete, werde ein wesentlicher Teil der gesammelten Gelder zur Ansiedlung geeigneter Einwanderer in Palästina im Rahmen der Aufnahmefähigkeit des Landes verwendet werden. Ein besonderes Komitee werde über die Art der Verwendung der Gelder im einzelnen bestimmen. Jedem Spender aber bleibe es unbenommen, die Verwendungsart seiner Spende selbst festzulegen. Zum Schluß wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die englischen Juden bis zum äußersten ihrer Kraft zu dem gemeinsamen Hilfsfonds beitragen und so ihrer Sympathie für die deutsche Judenheit Ausdruck verleihen werden.

Gleichzeitig wurde die erste Liste der bisher für den Fonds eingegangenen Spenden veröffentlicht. Ihre Summe beträgt annähernd 62.000 Pfund. Je 10.000 Pfund haben die Bankhäuser N. M. Rothschild & Sons und M. Samuel & Co., der Baron-Familientrust und Mitglieder der Familie Marks (die Ehepaare Simon Marks, I. M. Sieff, Norman Lasky, Harry Sacher und Frl. Mathilda Marks) gespendet; je 1000 Pfund zeichneten Dr. Weizmann, Lord Melchett, Dr. Claude G. Montefiore, Sir Montague Burton, Sir Robert Wallay-Cohen, Oberstleutnant S. G. Cohen, S. Japhet und Claude M. Leigh; d'Avigdor Goldsmid und eine Reihe anderer Spender zeichneten je 500, Leonard G. Montefiore u. v. a. je 250 Pfund.

Berlin, 26. Mai. Zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes ist Herr Direktor Heinrich Stahl, der dem Vorstand seit zwei Jahren angehört, gewählt worden.

Herr Dr. Wilhelm Kleemann, der seit 1931 das Amt des Vorsitzenden des Gemeindevorstandes bekleidet, hat sich mit Rücksicht auf seinen seit langer Zeit ungünstigen Gesundheitszustand veranlaßt gesehen, sein Amt niederzulegen und aus dem Gemeindevorstand auszuscheiden.

Berlin, 26. Mai. Wie der „Berliner Börsen-Courier" mitteilt, hat der Verband nationaldeutscher Juden in einem Telegramm an den Generalsekretär des Völkerbundes gegen die Minderheitenbeschwerde Bernheims protestiert und diesem das Recht abgesprochen, im Namen der oberschlesischen Juden aufzutreten. Die in Oberschlesien alteingesessenen Juden, heißt es in dem Telegramm, lehnen es, wie die deutschgesinnten Juden überhaupt, mit Entrüstung ab, als nationale Minderheit betrachtet zu werden.

Amsterdam, 27. Mai. Die holländische Agudah-Organisation entfaltet in letzter Zeit eine lebhafte Tätigkeit für den zum Aufbau Palästinas auf der Grundlage der Thora und der jüdischen Tradition bestimmten Keren Hajischuw. In Enschede (Provinz Overijsel) in der Nähe der deutschen Grenze wurde dieser Tage eine agudistische Hachscharah-Stelle eröffnet, in der zunächst 12 junge Juden aus Deutschland zwecks landwirtschaftlicher Ausbildung für Palästina untergebracht wurden.

Jerusalem, 27. Mai. Das Vereinigte Komitee zur Ansiedlung deutscher Juden in Palästina hat eine Sammelkampagne proklamiert, die am 26. Mai eröffnet wurde und während des ganzen Monats Sivan fortgesetzt werden soll. An der Spitze der Kampagne steht Miß Henrietta Szold. Die gesamte palästinensische Judenheit soll während eines vollen Monats zur Aufbringung von Geldmitteln für den Siedlungsfonds mobilisiert werden. Die Stadtgemeinde Tel Aviv hat für die Sammelarbeit städtische Amtsräume zur Verfügung gestellt. Die Vereinigung deutscher Juden in Palästina Hitachduth Olej Germania wird bei der Durchführung der Aktion mit dem Drive-Komitee zusammenarbeiten.

London, 27. Mai. Im Unterhaus hielt der ehemalige Außenminister Sir Austen Chamberlain im Verlauf der Abrüstungsdebatte eine Rede, in der er sich mit der Lage der Juden in Deutschland befaßte. Er erklärte u. a., der Geist, der sich in der Aechtung einer Rasse innerhalb der Grenzen Deutschlands bekundet habe, würde, wenn man ihn in außenpolitischen Dingen gelten ließe, eine Bedrohung der ganzen Welt darstellen. Man habe in letzter Zeit von hochgestellten Persönlichkeiten in

Deutschland weitere tief beunruhigende Aeußerungen gehört. Die letzte Aeußerung stamme von Reichskanzler Hitler selbst. Wenn man dessen Worte, wie er, Chamberlain, es gern tun wolle, so werte, wie sie gesprochen worden seien, so komme in ihnen ein neuer für die Beziehungen Deutschlands mit der übrigen Welt hoffnungsvollerer Geist zum Ausdruck. Beunruhigend aber sei, daß keine maßgebende Persönlichkeit in Deutschland bisher die von Ministerkollegen des Reichskanzlers abgegebenen Erklärungen offiziell zurückgewiesen habe.

Auch der Abgeordnete Barnett Janner kam während dieser Debatte auf die Judenfrage in Deutschland zu sprechen. Er erklärte, ein Volk, das für sich selbst Gleichberechtigung in Anspruch nehme, dürfe diese eigenen Bürgern nicht vorenthalten und nicht Männer und Frauen, die sich auf allen Gebieten des Lebens eher Anspruch auf Anerkennung und Wertschätzung erwarben als ein Ausrottungsurteil verdient hätten, als eine Klasse von Heloten behandeln. Was sich in Deutschland im Verlauf der letzten Wochen ereignet habe, zeige, daß die von Reichskanzler Hitler in seiner letzten Rede zum Ausdruck gebrachten Grundsätze in der Praxis noch nicht ihre Anwendung gefunden hätten. Janner führte sodann eine Reihe von Beispielen aus dem deutschen Wirtschafts- und Erziehungsleben an, aus denen zu ersehen sei, daß die schärfste Zurücksetzung der Juden in Deutschland fortdauere. Man könne nicht annehmen, daß eine von solchem Geist beherrschte Nation in ihrem Wunsch nach Frieden wirklich ursprünglich sei. Er hoffe, der deutsche Reichskanzler werde schließlich doch einsehen, daß Menschlichkeit etwas zähle, und werde jene jüdischen Menschen, die in der Vergangenheit so viel geleistet hätten und innigst wünschten, auch in Zukunft wieder dem Staate und der Menschheit zu dienen, wieder in den Bereich der deutschen Nation zurückbringen.

New York, 27. Mai. Das Mitglied des amerikanischen Kongresses, Hamilton Fish, hat im Repräsentantenhaus einen Antrag eingebracht, in dem der Präsident der Vereinigten Staaten aufgefordert wird, bei der deutschen Reichsregierung in freundschaftlicher Form dahin vorstellig zu werden, daß diese die bürgerlichen und wirtschaftlichen Rechte der jüdischen Bürger respektiere und der Zurücksetzung aus Gründen der Rassen- oder Religionsverschiedenheit ein Ende bereite.

Kongreßmann Fish erklärte, er werde die dringliche Behandlung seines Antrages durch den Kongreß verlangen, wenn sich die amerikanische Judenheit geschlossen hinter den Antrag stellen werde.

New York, 27. Mai. Die National Conference of Jews and Christias veröffentlicht die Namen von 1200 hervorragenden protestantischen Geistlichen der Vereinigten Staaten, die eine an die protestantischen Führer in Deutschland gerichtete Petition unterzeichnet haben, in der gegen die Zurücksetzung der Juden in Deutschland protestiert wird.

Wir christlichen Geistlichen, heißt es in der Petition, sind tief beunruhigt durch das Schicksal unserer jüdischen Brüder in Deutschland. Wir sehen uns veranlaßt, unseren Protest gegen die Zurücksetzung der Juden unter der jetzigen deutschen Regierung mit Schmerz und Unwillen zum Ausdruck zu bringen, damit nirgendwo ein Zweifel über unsere christliche Gewissenspflicht in diesem Belang bestehen könne. Die Bemühungen, einen geschlossenen Teil der menschlichen Familie zu demütigen, bedrohen die zivilisierte Welt mit Rückkehr zu mittelalterlicher Barbarei. Wir beklagen die Folgen, die die Juden, die Christenheit, welche diese Zurücksetzung zuläßt, und insbesondere Deutschland selbst treffen müsse. Mit diesem Protest gegen den Antisemitismus in Deutschland glauben wir als aufrichtige Freunde Deutschlands zu handeln.

Belgrad, 28. Mai. Der Präsident des sephardischen Weltverbandes de Piccioto ist auf der Rückreise von Palästina nach Paris in Belgrad eingetroffen. Auf einer Konferenz der sephardischen Organisation berichtete Präsident de Piccioto über den Aufschwung der sephardischen Bewegung und über die Lage in Palästina. Er erklärte, die sephardische Bewegung sei mit Erfolg bemüht, den kulturellen Stand der sephardischen Massen zu heben, sowie die in Palästina bestehenden sephardischen Kolonien Kfar Baruch, Kfar Chitin und Kirjat Schaul, die sich sehr günstig entwickeln, weiter auszubauen und neue Kolonien zu schaffen.

Berlin, 28. Mai. In einer Anzahl deutscher Zeitungen veröffentlicht der Sachverständige für Rasseforschung beim Reichsministerium des Innern, Dr. Achim Gercke, unter der Ueberschrift „Arzt und Judenfrage" einen Artikel, in dem u. a. erklärt wird, die Judenfrage sei ein völkisches Problem, mit dem der Arzt sich ernsthaft befassen und dessen anzustrebende Lösung ein Teil der Abwehr gegen die Volksgifte sein müsse. Die Assimilation der Juden scheiterte nach Dr. Gercke daran, daß zwischen deutschem und jüdischem Volkstum grenzenlose Fremdheit bestehe. Bei solcher Fremdheit zeige der Versuch einer Mischung folgende Ergebnisse: entweder er mißglücke völlig (Kinderlosigkeit) oder er mißglücke im Geistigen (Blödsinnigkeit, seelische Zerrissenheit) oder im Körperlichen (Entartungserscheinungen besonders in sexueller Hinsicht). Dr. Gercke behauptet, daß diese Merkmale bei solchen Mischungsversuchen tatsächlich deutlich auftreten. Jüdischer Bluteinschlag sei eine nicht wiedergutzumachende Tatsache. Deshalb müsse man in jedem Einzelfalle vor einer Mischehe warnen, und zwar solle dies vor der Volksöffentlichkeit geschehen, damit die Warnung erzieherisch wirke. Möglicherweise könne man durch sorgfältige Auslese in einigen Generationen den jüdischen Blutseinschlag verdrängen. Dagegen bedeute der Vorschlag, „minderwertiges Blut verdauen zu wollen" ein Verbrechen am Volke.

Berlin, 28. Mai. Im Organ des Verbandes der Aerzte Deutschlands (Hartmann-Bund) fordert Medizinalrat Dr. L. Vellguth ein Gesetz, durch das die Sterilisierung von Minderwertigen als zulässig erklärt werden soll. Zu den Minderwertigen rechnet Dr. Vellguth folgende Gruppen: 1. Schwachsinnige, 2. Geisteskranke, 3. Epileptiker, 4. Unsoziale (Kriminelle), 5. Taubstumme, 6. körperliche Schwächlinge (Tuberkulose), 7. Fremdrassige. Die Aufnahme der siebenten Gruppe in diese Reihe wird folgendermaßen begründet: „Die Einsickerung fremdrassigen Blutes in den Organismus unseres Volkes wollen wir nach Möglichkeit verhindern. Juden, Neger, Mongolen und dergleichen Völker können also straffrei mit ihrem Willen sterilisiert werden, ganz gleich, ob sie gesund sind oder krank." Schließlich wird der Vorschlag gemacht, Fremdrassigen den Entschluß zu einer Sterilisation durch eine Prämie zu erleichtern.

Berlin, 28. Mai. Am 23. Mai feierte der Vorsitzende des Rabbinerverbandes in Deutschland und Großpräsident der Großloge U. O. B. B. für Deutschland, Dr. Leo Baeck, seinen 60. Geburtstag. Er wurde i. J. 1873 in Lissa (Polen) als Sohn des Rabbiners Samul Baeck geboren, studierte an den Universitäten Breslau und Berlin Philosophie und Philologie und erhielt nach Vollendung seiner rabbinischen Studien am Jüdisch-Theologischen Seminar zu Breslau und an der Berliner Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums von dieser i. J. 1897 das Rabbinerdiplom. Nach seiner im gleichen Jahre erfolgten Promotion wirkte er bis 1907 als Rabbiner in Oppeln, von 1907 bis 1912 in Düsseldorf. Ende 1912 wurde er als Rabbiner nach Berlin und gleichzeitig als Dozent für Homiletik und Midrasch-Forschung an die Hochschule für die Wissenschaft des Judentums berufen.

Nach Ausbruch des Weltkrieges ging Dr. Baeck als einer der ersten als Feldrabbiner an die Front und spielte eine wichtige Rolle beim Aufbau und der Organisation der jüdischen Militärseelsorge.

Eine intensive und weitreichende Tätigkeit entwickelte Rabbiner Dr. Baeck auf dem Gbiete der Sozialarbeit. Als Leiter der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden hat er Außerordentliches in der Organisierung moderner jüdischer Sozialfürsorge geleistet.

Anläßlich seines 60. Geburtstages erscheint im Schocken-Verlag zu Berlin ein neues Sammelwerk seiner Reden und Aufsätze unter dem Titel „Wege im Judentum". Es enthält zahlreiche bisher ungedruckte Beiträge Dr. Baecks zu den wichtigsten das moderne Judentum bewegenden Fragen.

Berlin, 28. Mai. In den Berliner deutschvölkischen „Deutschen Nachrichten" begründet Gerhard Rudolph die deutschvölkische Forderung nach Errichtung eines besonderen „Judenamtes" und Anlage von sogenannten „gelben Büchern". Nach Zitierung eines Gesetzes aus dem Sachsenspiegel, das in bezug auf die aus Ehen zwischen Sachsen und Wenden hervorgegangenen Kinder bestimmt: „Das Kind folgt stets der ärgeren Hand", wird ausgeführt:

„Um eine grundlegende Aenderung im Verhältnis der Juden zum deutschen Volkstum zu erzielen, ist es notwendig, ein von der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung stets gefordertes Gesetz zu erlassen, in dem die Juden unter Fremdenrecht gestellt und weiterhin nicht mehr als deutsche Staatsbürger betrachtet werden. In bezug auf die Eheschließung und die Kinderfrage regelt das oben genannte Wort aus dem Sachsenspiegel die Verhältnisse. Will jemand eine Ehe mit einem jüdischen Gatten eingehen, so verläßt er die deutsche Volksgemeinschaft und wird als Jude geführt, ebenso die aus dieser Ehe entspringenden Kinder. Dies Gesetz gilt aber nicht nur zukünftig, sondern hat auch rückwirkende Kraft. Es geht nicht an, daß — wie das Reichsschulgesetz (§ 4, Absatz 3) will — Abkömmlinge aus Mischehen, wenn ein Elternteil oder zwei Großeltern arischer Abkunft sind, sozusagen als Arier gelten können.

Der Jude hat sich bewußt in unser Volk hineingefressen, um es völkisch zu zersetzen. Diese Zersetzung muß unerbittlich verhindert werden. Daher fordern wir Deutschvölkischen als ein Ziel des völkischen Staates die Schaffung eines Judenamtes und die Anlegung von gelben Büchern. In diesen gelben Büchern werden die unter Fremdenrecht gestellten Juden geführt. Weiterhin aber auch die urspünglich deutschen Familien, die durch Mischehen zu jüdischen geworden sind. Dieses Judenamt hat aus Kirchenbüchern die — nicht nur früher, sondern auch jetzt noch häufigen — Judentaufen festzustellen und die unter falscher Flagge segelnden Juden ihrer Volksgemeinde wieder zurückgegeben. Fernerhin sind sämtliche Deutsche gezwungen, vor ihrer Eheschließung dem Rasseamt und dem Judenamt genaue Angaben über Herkunft usw. anzugeben, so daß von beiden Aemtern die Rassenfrage geklärt und die Eheschließung zugelassen werden kann. Auch eine Mischehe kann zugelassen werden, denn in Liebesfragen wird ein Gesetz allein keine Vorschriften machen, aber nur unter der Bedingung, daß der betreffende Volksgenosse nach Eheschluß mit einem fremdvölkischen, in unserem Falle also jüdischen, Ehegatten der Volksgemeinschaft der fremdvölkischen Ehegatten fortan angehört, desgleichen die Nachkommenschaft. Rückwärts gesehen gelten also die aus deutschjüdischen Mischehen stammenden Menschen, gleich welcher Religion, als Juden und müssen als Juden in den Gelbbüchern geführt werden."

Jerusalem, 28. Mai. Die palästinensische Völkerbundsliga wird den Bürgermeister von Tel Aviv, Mayer Dizengoff, und Dr. Mossinsohn als ihre Delegierten zum Kongreß der Völkerbundsligen entsenden. Die Delegierten der palästinensischen Liga werden dem Kongreß eine Resolution vorschlagen, in der die Aufnahme einer Völkerbundsanleihe für das Hilfswerk zugunsten der deutschen Juden und Oeffnung der Tore Palästinas für freie Einwanderung von Juden aus Deutschland gefordert wird.

New York, 28. Mai. Die auf der vor kurzem im Hotel Astor zu New York in Anwesenheit des Vorsitzenden des Council der Jewish Agency Osmond Elim d'Avigdor Goldsmid abgehaltenen Tagung der amerikanischen Mitglieder des Council der Jewish Agency gefaßte Resolution liegt nunmehr im Wortlaut vor. Die Resolution, nach ihrer Gliederung in vier Punkte in den amerikanisch-jüdischen Kreisen kurz als „Vier-Punkte-Plan" bezeichnet, richtet an die Exekutive der Jewish Agency die Aufforderung, einvernehmlich mit der Mandatarmacht, dem Völkerbund und der Regierung der Vereinigten Staaten im Hinblick auf die kritische Lage der Juden in Mitteleuropa einen großzügigen Kolonisationsplan für Palästina auszuarbeiten, dessen Finanzierung womöglich durch eine internationale Anleihe erfolgen soll.

Berlin, 29. Mai. Im Zusammenhang mit der Genfer Diskussion über die Auswirkungen der Arier-Paragraphen im oberschlesischen Abstimmungsgebiete hat der preußische Justizminister die Anordnung getroffen, daß die Entscheidung über die Vertretungsverbote gegen Rechtsanwälte dieses Gebietes vorläufig ausgesetzt bleibt. Es handelt sich, wie ausdrücklich zu betonen ist, um eine vorläufige Maßnahme; bis zur endgültigen Entscheidung werden die in Betracht kommenden Anwälte weiter tätig sein.

Wie „B. Z. am Mittag" vermutet, dürfte diese Maßnahme der Justizverwaltung im engen Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt getroffen sein. Das Blatt meint, es müsse geprüft werden, inwieweit die Arier-Paragraphen in den Gesetzen zur Wieder-

herstellung des Berufsbeamtentums über die Rechtsanwälte und über die Patentanwälte mit dem deutsch-polnischen Abkommen zu vereinbaren seien. In diesem Abkommen wurde seinerzeit den Minderheiten sprachlicher, religiöser oder völkischer Natur Gleichberechtigung zuerkannt. Beim Abschluß des Abkommens handelte es sich um polnische Minderheiten in den deutschen und deutsche Minderheiten in den jetzt zu Polen gehörigen Teilen Oberschlesiens, während jetzt die Frage eine Rolle spiele, inwieweit der Begriff der völkischen Minderheit auch auf die Nichtarier Oberschlesiens, die unter die genannten Gesetze fallen, eine Anwendung finden könne.

München, 29. Mai. Im Alter von 60 Jahren verstarb auf seiner Besitzung in Murnau der bekannte jüdische Philantrop James Loeb, ein gebürtiger Amerikaner, der sowohl in den Vereinigten Staaten, als auch in Deutschland, wo er sich im Jahre 1907 niedergelassen hatte, wissenschaftliche und künstlerische Bestrebungen in großzügigster Weise gefördert hat.

London, 29. Mai. Die Exekutive der Jewish Agency erläßt folgenden Aufruf:

An die Juden aller Länder!

Die Juden der ganzen Welt sind tief erschüttert durch das tragische Schicksal, das ihre Brüder in Deutschland betroffen hat. Ihre Gefühle haben ihren Ausdruck in der sofortigen spontanen Einleitung von Hilfsaktionen sowohl für die in die benachbarten Länder Ausgewanderten als auch für die in Deutschland Verbliebenen gefunden.

Tausende deutscher Juden, insbesondere in den Kreisen der Jugend, erblicken ihre Zukunftsperspektive im Aufbau eines neuen Lebens in Erez Israel, wie es viele von ihnen seit jeher angestrebt haben.

Erez Israel macht sowohl in seiner landwirtschaftlichen wie auch in seiner industriellen Entwicklung große Fortschritte. Die Aufnahmefähigkeit des Landes wächst und kann noch weiter gesteigert werden. Entschlossene konzentrierte Kraftanstrengung der gesamten Judenheit wird imstande sein, Erez Israel zu einem dauernden Heim für einen bedeutenden Teil des deutschen Judentums, dem sich die übrige Welt mit geringen Ausnahmen verbunden fühlt, zu machen. Als Vertreter der Jewish Agency für Palästina, die auf Grund des Palästina-Mandats unter der Autorität des Völkerbundes konstituiert wurde und von der Mandaturmacht anerkannt ist, als Freunde des jüdischen Volkes und des jüdischen Nationalheims in Palästina richten wir an alle jüdischen Gemeinden den Appell, sich an der Schaffung eines Palästina-Fonds zugunsten deutscher Juden, eines Keren Hazalah (Rettungsfonds) zu beteiligen.

Wir geben uns der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß die Sammelkomitees für den Fonds ihre Arbeit sofort aufnehmen werden.

Die Spenden für diesen Fonds werden im Einvernehmen mit den bestehenden finanziellen Institutionen der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency (Keren Hajessod und Keren Kajemeth) dazu verwendet werden, in Palästina Boden zur Ansiedlung deutscher Juden zu erwerben, die Errichtung von industriellen Unternehmungen und Handwerksbetrieben zu fördern, Produktionskredite zu gewähren, die private Initiative von Personen mit Eigenkapital zu ermutigen, die Kolonisierung von Chaluzim zu fördern und im allgemeinen den Uebergang zu neuen Berufen zu erleichtern. Es werden Bemühungen gemacht werden, jüdischen Gelehrten, die ihren Wirkungskreis in Deutschland aufgeben mußten, die Fortsetzung ihrer Forschun-

jüdischen Gelehrten, die ihren Wirkungskreis in Deutschland aufgeben mußten, die Fortsetzung ihrer Forschun-

gen in Palästina unter den Auspizien der Hebräischen Universität, der landwirtschaftlichen Versuchsstation, des Haifaer Technikums und anderer Institutionen zu ermöglichen. Die hohen Fähigkeiten der deutschen Juden, denen diese ihre seit Jahrhunderten innerhalb des Gesamtjudentums behauptete angesehene Stellung verdanken, gemeinsam mit allen schöpferischen Kräften des jüdischen Volkes beim Aufbau des jüdischen Nationalheims zu verwerten, den deutschen Juden bei der Schaffung einer neuen Existenz in Palästina auf der Grundlage von Freiheit und Ehre zu helfen, ist höchste menschliche Pflicht.

Die Juden in Palästina selbst haben den Weg gewiesen. In Erez Israel wurden bereits unter den Auspizien der Jewish Agency und unter Mitarbeit aller Teile der jüdischen Bevölkerung Geldsammlungen für den Palästina-Fonds zugunsten deutscher Juden eröffnet.

Wir richten an die Juden aller Länder den Appell, dieses Beispiel mit Hingabe und Opferwilligkeit in einem Maße nachzuahmen, das dem Ernst und der Not der Zeit entspricht.

Gez. Reading, Cecil, Lloyd George, Herbert Samuel, J. Z. Smuts, Morris Rothenberg, Nahum Sokolow, Felix Warburg, Chaim Weizmann.

(Die Sammlung für den Fonds erstreckt sich nicht auf Großbritannien und Irland, wo der Zentralhilfsfonds für deutsche Juden geschaffen wurde, von dem auf Grund eines Abkommens mit der Jewish Agency ein bedeutender Teil für konstruktive Hilfs- und Aufbauarbeit in Palästina verwendet werden soll.)

III. JUS JUDAICUM

Das biblische Schrifttum.*)

Den ältesten und wesentlichsten Bestandteil des religiösen Schrifttums der Israeliten bilden die 24 Bücher der heiligen Schrift, die auch die ältesten historischen Denkmäler der Menschheit enthalten. Die 24 Bücher sind in den Bibelausgaben wie folgt aneinandergereiht:

a) Die Thora bezw. die 5 Bücher der mosaischen Lehre (חמשה חומשי תורה): Genesis (בראשית), Exodus (שמות), Leviticus (ויקרא), Numeri (במדבר), Deuteormomium (דברים).

b) Die Bücher der ersten Propheten (נביאים ראשונים): Josua bezw. Jehosuah (יהושע), Richter bezw. Judicum (שופטים), Samuel (שמואל), Könige bezw. Regum (מלכים).

c) Die Bücher der späteren Propheten (נביאים אחרונים), Jesaia (ישעיה), Jeremia (ירמיה), Ezechil (יחזקאל) Hosea

*) Um denjenigen Schichten, die dem jüd. Schriftum bis nun fernstanden, die Orientierung zu erleichtern, will der Herausgeber der „Jüdischen Welt“ eine Skizzierung der in Frage kommenden Rechtsquellen, der Darstellung der Institutionen und Normen des jüdischen Rechts vorausschicken.

Eine flüchtige Erörterung der Entstehungsgeschichte der Bibel, nebst kurzer Inhaltsangabe in einer systematischen Form, erscheint daher unumgänglich. Der Herausgeber.

(הושע) Joel (יואל), Amos (עמוס), Obadia (עובדיה), Jona (יונה), Micha (מיכה), Nahum (נחום), Habakuk (חבקוק), Zephania (צפניה), Haggai (חגי), Zacharia (זכריה), und Maleachi (מלאכי).

d) Die Schriften bezw. Hagiographa (כתובים), Psalmen bezw. Psalmi (תהלים), Sprüche bezw. Proverbia (משלי), Hiob bezw. Job (איוב), das hohe Lied bezw. Canticum Canticorum (שיר השירים), Ruth (רות), die Klagelieder bezw. Threni (איכה), Koheleth bezw. Ecclesiastes (קהלת), Esther (אסתר), Daniel (דניאל), Esra (עזרא), Nehemia (נחמיה), und die Chronik bezw. Chronicorum (דברי הימים).

Nach der im babylonischen Talmud (Baba-Bathra 14 b) aufbewahrten masoretischen Reihenfolge, werden die unter c) mit aufgezählten 12 kleinen prophetischen Schriften: Hosea, Joel, Amos, Obadja, Jona, Micha, Nahum, Habakuk, Zephania, Haggai, Zacharia und Maleachi als ein Buch betrachtet; schließlich zählen die unter d) mit aufgeführten 2 Schriften Esra und Nehemia ebenfalls als ein Buch „Esra-Nememia".

Die Bibel nimmt durch ihre unvergleichbare poetische Schönheit den ersten Rang in der vielsprachigen Weltliteratur ein.

Mit der Geschichte des jüd. Volkes ist die Bibel eng verbunden; denn diesem Volke wurden die 10 Gebote, welche bekanntlich den Inbegriff aller Tugend und Moral darstellen, verkündet. Das jüd. Volk hat diese Lehre in die Menschheit aller Welt weitergetragen.

Ursprünglich war nur die „Thora" im jüd. Volk als ein Werk religiösen Inhaltes bekannt. Die Kenntnis dieses Werkes ist niemals restlos geschwunden, selbst in Zeiten, in denen die mosaischen Lehren nur selten respektiert wurden. Während früher die Priester die Pfleger der Thora waren, erwarben sich später die Propheten das große Verdienst um deren Erhaltung im jüd. Volke. Mit Reden flammender Begeisterung traten sie für die Vertiefung der mosaischen Lehren ein.

Die in späterer Zeit, nämlich im babylonischen Exil, entstandenen 4 historischen Bücher: Josua, Richter, Samuel und Könige (Gruppe b) werden deswegen als die Schriften der ersten Propheten bezeichnet, weil in diesen von dem Leben und Schaffen der älteren Propheten des jüd. Volkes berichtet wird.

Das letzte Buch der späteren Propheten ist das des Propheten Maleachi, das mit der Mahnung endet: „Gedenket der Lehre meines Knechtes Mose, die ich ihm auf dem Horeb für ganz Israel gegeben habe — Gesetze und Rechte!"

Nach der Rückkehr in die Heimat sind die im Exil bereits vorhanden gewesenen weiteren Schriften religiösen, historischen und poetischen Charakters (Gruppe d) zusammengefaßt worden.

Der Inhalt des ersten Buches der Thora.

S. G. Das erste Buch der Thora beginnt mit der Erzählung von der Weltschöpfung und der Urgeschichte Menschheit. Schließlich schildert es die Sintflut und befaßt sich alsdann mit dem Schicksal Abrahams, der auf göttliches Geheiß seine mesopotamische Heimat verließ und nach Kanaan übersiedelte.

Von Abraham erzählt die Bibel, daß er Gebote, Gesetze und Lehren beobachtet hat (Genesis *26*, 5); ergänzend bemerkt hierzu die Tradition, daß er auch rabbinische Einführungen respektiert hat. Es ist Tatsache, daß Gebote, welche den späteren Geschlechtern als rabbinische Einführungen überliefert wurden, von den Patriarchen bereits geübt worden waren. Wir wissen z. B., daß „Laban" seinen Töchtern eine 7tägige Hochzeitsfeier veranstaltet hat (Gen. *29*, *27*), daß „Josef" nach dem Tode seines Vaters „Jakob" eine 7tägige Trauer gehalten hat (Genesis 50, 10) und daß die Israeliten in der Wüste um den Hohenpriester Aron 30 Tage getrauert haben (Numeri *21*, *29*). Maimonides, einer der größten jüdischen Forscher und Talmudgelehrten des Mittelalters, meint, daß Moses die 7tägige Trauer um einen Toten neu eingeführt hat, um somit die Volkssitte der Patriarchen durch eine für die Zukunft wirksame religionsgesetzliche Entscheidung (הלכה) zu ersetzen.

Von der in der Patriarchenzeit geübten Rechtspraxis berichtet uns die Geschichte verhältnismäßig wenig. Diese Lücke dürfte wohl auf den Umstand zurückzuführen sein, daß der Handel im Leben eines Hirtenstammes keine Rolle spielte. Bekannt ist nur, daß der „Kauf" als Bargeschäft galt; er wurde vor dem Stadttore in Gegenwart der Stadtleute getätigt und der Kaufpreis in Silber zugewogen. Als Sarah im Alter von 127 Jahren starb, erwarb Abraham das Feld Efrons — so erzählt die Bibel in Genesis *23*, 16 — in der Machpela vor Mamre als Erbbegräbnis zum Preise von 400 Münzen im kaufmännischen Verkehr gangbaren Silbers. Abraham wog Efron das Silber in der Anwesenheit der Söhne Het vor dem Stadttore zu.

Der Besitzwechsel eines Grundstükkes scheint aber auch durch eine symbolische Handlung bewirkt worden zu sein, die darin bestand, daß der Erwerber das Feld nach der Länge und der Breite abschreiten mußte. So heißt es in Genesis Kap. 13, 14:

„Der Herr sprach zu Abram nach der Trennung Lots von ihm: . . . . Auf, wandle durch das Land nach seiner Länge und seiner Breite, denn dir werde ich es geben."

Erst in späterer Zeit trat offenbar an Stelle des unbequemen „Wandelns" durch das Feld, die symbolische Form in Geltung, wonach der Verkäufer seinen Schuh auszog und ihn dem Käufer überreichte.

So heißt es in Ruth 4, 7:

„Vor dem war es nämlich so in Israel: bei einer Lösung und bei einem Tausche um irgend etwas zu bestätigen, zog einer den Schuh ab und gab ihn dem anderen. Das galt als Beweis in Israel. Der Blutsfreund sprach nun zu Boas: Erwirb also! Und zog seinen Schuh ab. Boas sprach darauf zu den Aeltesten und allem Volke: Ihr seid heute Zeugen, daß ich gekauft habe, alles was Elimelech gehört und alles was Kiljon und Machlon gehört, von der Noomi."

Die Zeremonie des „Schuhausziehens" bei der Verweigerung der Schwagerehe (חליצה) hat zweifellos eine ähnliche symbolische Bedeutung. Der Bruder des Verstorbenen begibt sich nämlich hierdurch seines Rechtes, die kinderlose Witwe seines Bruders zu ehelichen.

Daß diese Ansicht richtig ist, ergibt sich aus dem Wortlaut der Thora in Deutoronomium 25, 7, wo es ausdrücklich heißt:

„Wenn aber der Mann kein Verlangen hat seine Schwägerin zu nehmen, so soll seine Schwägerin vor das Gericht zu den Aeltesten gehen und sprechen: mein Schwager weigert sich, seinen Bruder einen Namen zu erhalten in Israel. Er will an mir die Schwagerpflicht nicht erfüllen! Die Aeltesten der Stadt sollen ihn rufen und ihm zureden, und wenn er dabei bleibt und spricht: ich habe kein Verlangen sie zu nehmen, so soll seine Schwägerin zu ihn hintreten und seinen Schuh von seinem Fuße abziehen und vor ihm ausspeien und laut sprechen: also geschieht es dem Manne, der nicht baút das Haus seines Bruders! Sein Haus wird genannt in Israel: des Barfüßers Haus."

Bemerkt sei jedoch, daß die Zeremonie des Schuhausziehens im Falle der Verweigerung der Schwagerehe unverzichtbar und somit unumgänglich ist; die in der Thora enthaltene diesbezügliche Vorschrift stellt eine absolute Pflicht dar.

Die „Ehe" war zur Zeit der Patriarchen eine Art von „Kauf". Der Mann gab für die Frau neben den üblichen Geschenken (מתן) einen sogenannten Frauenpreis (מהר); letzterer gehörte jedoch den Eltern der Frau oder dem Bruder derselben. Entsprechend dieser Volkssitte überantwortete anscheinend Elieser, der Knecht Abrahams, die mitgebrachten Geschenke (silberne und goldene Geräte und Kleider) der Rebeka und den Frauenpreis (Kostbarkeiten) deren Bruder und Mutter (Genesis 24, 53).

Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß die Väter den Frauenpreis den Töchtern zugute kommen ließen. Diese Ansicht rechtfertigt sich insofern, als Rahel und Lea darüber klagten, daß ihr Vater „Laban" den Nutzen von Jakobs Dienstjahren für sich verwendet habe. Der diesbezügliche Vers in Genesis 31, 15, lautet: „Sind wir doch als Fremde für ihn geachtet, da er uns verkauft hat! Und verzehrt hat er auch unseren Kaufpreis."

In der Familie dürfte wohl in der Regel die patriarchalische Form geherrscht haben; die Frau ging zum Manne und gehörte dessen Familie an. Die kinderlose Frau gehörte der Familie des Mannes, auch nach dessen Tode an; es war Pflicht der Familienmitglieder, die Witwe zu ehelichen, um dem Verstorbenen einen Träger seines Namens zu geben. In diesem Sinne forderte „Jehuda" von seinem Sohn „Onan", er möge an „Tamar", dem Weibe seines verstorbenen Bruders „Er" die Schwagerpflicht erfüllen, damit ihm ein Nachkommen erhalten bleibe (Genesis 38, 8).

In der Patriarchenzeit existierte auch bereits ein „Erstgeburtsrecht". „Esau" verkaufte es an „Jakob" um ein Linsengericht. Als Isak sich äußerte, Jakob hätte mit List den Esau zustehenden Segen genommen, bedauerte Esau dieses Rechtsgeschäft. Er sprach:

„Heißt deshalb Jakob der „Listige", weil er mich zweimal hinterging? Meine Erstgeburt hat er genommen und nun nimmt er meinen Segen! (Genesis 27, 36)."

Die Tatsache, daß der Erstgeburt eine gewisse Bedeutung persönlicher oder rechtlicher Natur beigemessen wurde, ergibt sich im übrigen auch daraus, daß Jakob, vor seinem Ableben, seinem erstgeborenen Sohne Reuben gegenüber äußerte, er könne, wegen Entehrung seines Vaters, den Vorzug als Erstgeborener nicht mehr erhalten. (Genesis 49, 4).

Nach einer entsprechenden Würdigung der Lebensgeschichte Isaks, Jakobs und seiner Söhne schließt das erste Buch der Thora mit der Geschichte der Niederlassung Israels in Aegypten.**)

Die jüd. Gerichtsbarkeit in Prag im XVII· und XVIII. Jahrhundert.

Von Dr. Tobias Jakobovits, Prag.

Die Judenältesten berichten in ihrer Verteidigungsschrift vom 7. Juni 1647 mit bezug auf Oberrabbiner Simon Wedeles: „und hat solcher in geringsten mit politischen Sachen, ausgenommen was Ehestiftungen, Scheidungen und Hader-Händel zwischen Ehe und Fremden Leuten sind, desgleichen wie sich ein jeder in Ceremonien verhalten soll, nichts zu tun. Und weil er ein hiesiges Kind und zu besorgen, daß er wegen Freundschaft sich einigen respects gebrauchen möchte, haben wir ihm drei Obriste Juristen zugegeben, ohne welche er auch in seinen Verrichtungen kein Urteil machen kann." Damit ist gesagt, daß der Oberrabbiner als „Vater des Gerichtskollegiums" gemeinsam mit den Oberjuristen in Ehesachen, Streitfällen und Zeremonialangelegenheiten Urteile gefällt hat. Diese Urteilsfällung ist nach der kaiserlichen Konfirmationsurkunde vom 20. Feber 1647 dem Oberrabbiner allein zugestanden und er hat sie auch zuweilen allein ausgeübt.

Dieses besagt auch ein Gutachten der Prager Aeltesten vom 6. Feber 1708 über die Gerichtsbarkeit des Oberrabbiners Simon Wedeles, worin es heißt: „Zur Zeit als Simon Wedeles Oberrabbiner war, entschied derselbe entweder allein oder mit Zuziehung der Appellanten (Oberjuristen) in folgenden Fällen: in Schmähsachen und in Streitigkeiten, die nicht krimineller Natur waren, bei Ehesachen, Ehescheidungen und Leviratsehen, und zwar nach jüdischem Recht und Gesetz. In gleicher Weise entschied er auch in Betreff aller anderen Zeremonien, dann auch bei Zank und Schlaghändeln, Verfeindungen zwischen Eheleuten und Schlägereien, die ohne Blutrünstigkeit verlaufen sind." Unter Uebertretungen in Zeremonialsachen hat man nach einem Berichte des Appellationsgerichtes vom 16. Feber 1708 verstanden: „wenn ein Jude am Sabbath arbeitet oder ungesegneten Wein (Nessach) trinkt oder Schweinefleisch und derartige verbotene Speisen ißt usw."

Um die Frage zu beantworten, ob der Oberrabbiner und die Oberjuristen berechtigt waren, auch in Zivilsachen (Schulden, Darlehen, Verpfändungen usw.) Recht zu sprechen, müssen wir erst die damaligen jüdischen Gerichtsinstanzen kennen lernen.

Während der Amtszeit des Oberrabbiners Simon Wedeles gab es drei Gerichtsinstanzen:

1. Das rabbinische Gericht, das aus zwei Gruppen bestand:

a) das Oberjuristenkollegium, das sich aus dem Oberrabbiner und den Oberjuristen; b) das Juristenkol-

**) Die Fortsetzung der Inhaltsangabe der anderen Bücher der Bibel erfolgt in den nächsten Nummern, der Reihenfolge entsprechend.

legium, das sich aus drei Juristen zusammensetzte. Bis zum Jahre 1668 gab es drei Oberjuristen und neun Juristen, von diesem Jahre an waren sechs Oberjuristen, drei mittlere und drei Unterjuristen, die für die Dauer angestellt waren. Sie erhielten keine festen Bezüge, sondern wurden für jedes gefällte Urteil von den Parteien entlohnt.

2. Das Aeltestengericht, das aus den fünf Aeltesten und den fünf Gemeindeältesten bestand, während die 10 Beisitzer an den Gerichtsverhandlungen nicht teilnahmen.

3. Das Judenrichteramt, das aus dem Judenrichter und einem beeideten Schreiber bestand. Der Richter sowie die Aeltesten wurden nur für eine beschränkte Zeit gewählt. Beim Judenrichter pflegte man Geld, Pfänder und kostbare Sachen zu deponieren. Er befaßte sich scheinbar hauptsächlich mit Urkunden und Erbschaftsangelegenheiten.

Diese drei Gerichtsinstanzen bestanden schon seit früherer Zeit nebeneinander in der Prager Judengemeinde und waren vermutlich ihre Befugnisse umgrenzt.

Nach der jüdischen Polizeiordnung von 1627 durften in Geldsachen nur die Juristen (Rabbiner) urteilen, mit Ausnahme von über fünf Jahre alten Stars (Wechselverschreibungen), über die auch die Aeltesten Recht sprechen konnten. Dagegen wird im kais. Privileg vom 23. Jänner 1623, das die Rechtsprechung der Juden regelte, nur das Aeltestengericht und das Judenrichteramt erwähnt. Auch im Privileg Ferdinands III. vom 8. April 1648 werden im 10. und 11. Punkte, die von der jüdischen Gerichtsbarkeit handeln, nur die Aeltesten und Richter genannt. Unter „Richter" konnten die Juristen nicht gemeint sein, da es im 10. Punkte heißt: „daß man den Juden Aelteste und Richter vorgesetzt, selbige auch jedesmal . . . . in Eid und Pflicht genommen worden", während die Juristen niemals vereidigt worden sind. Deswegen erlangten auch ihre Urteile den Behörden gegenüber keine Rechtskraft. Dies kam besonders bei den Urteilen zum Ausdruck, die an das Appellationsgericht weitergeleitet wurden. Das Appellationsgericht hob alle Urteile der Oberjuristen als ungültig auf und wies die Sache zur neuerlichen Behandlung an die Judenältesten. Die Gerichtsbarkeit der Oberjuristen erlitt dadurch eine schwere Einbuße, so daß sich diese im Jahre 1655 genötigt sahen, an die böhm. Kammer das Ansuchen zu stellen, sie zu vereidigen.

Ueber das Vorrecht in der Gerichtsbarkeit kam es nun zu einem Kompetenzstreit zwischen den Aeltesten und den Oberjuristen. Das Gesuch der Oberjuristen wegen ihrer Vereidigung wurde den Aeltesten zur Begutachtung vorgelegt. In ihrem Gutachten vom 12. Juli 1655 sagen die Aeltesten, gemäß des Privilegs Ferdinands III. seien nur sie und der Richter, nicht aber die Juristen vereidigt, und dürfen salva appellatione Urteile fällen. „Allermaßen dieselben nur was jüdische Ceremonien betrifft studieren und darüber judicieren, keineswegs aber der Christen Jura, worauf sich vielmals ein Jud gegen den anderen beruft, bewußt weniger selbe studiert seien. Und wenn also von ihrem Urteil eine Appellation ergangen, jedesmal die Appellation selbe Sentenz, weilen die jüdischen Rechte mit den christlichen Rechten in vielen Punkten zuwider, cassiert, und daß wir de novo sprechen sollen, anbefohlen, dahero besagte Juristen vergeblich sich zum Jurament dringen tun." Die Aeltesten schlagen nun vor, die Juristen überhaupt nicht, oder sie nur unter der Bedingung zu vereidigen, daß die Parteien gegen die Urteile der Juristen an die Aeltesten und von diesen an das Appellationsgericht appellieren könnten.

Daraufhin beauftragte die böhm. Kammer den Altstädter Richter Veit Pöpperle von Löwenberg nachzuforschen, warum die Juristen in Zivilsachen geurteilt haben, niemals aber vereidigt worden seien. Bei der am 14. Juli erfolgten Vorladung erklärten die Oberjuristen dem Altstädter Richter, daß bisher eine Vereidigung unnötig war, da ihr Urteil stets „williglich" anerkannt und respektiert wurde. Seit einiger Zeit jedoch seien die Juden in Ungehorsam geraten und mißachten ihre Urteile, wodurch die Gerechtigkeit leide. Sie wünschen nunmehr vereidigt zu werden, damit man gegen ihre Urteile, wie gegen die der Aeltesten beim Appellationsgericht Berufung einlegen könne. In ihrer Vorsprache wie in ihrem Gesuche vom 25. Juli fordern die Oberjuristen, daß die Aeltesten in Geldsachen überhaupt nicht urteilen sollen, wie dies ihnen auch in der jüdischen Polizeiordnung von 1627 untersagt wurde, da die Aeltesten im jüdischen Rechte nicht bewandert seien. Als eine Zurücksetzung empfinden es auch die Oberjuristen, daß sie, die die jüdischen Rechtssachen beherrschen, von den Aeltesten „Anlehrung" annehmen sollten.

Ueber diesen Streitfall gab der Altstädter Richter am 4. August 1655 ein Gutachten ab. Darin nimmt er gegen die Oberjuristen Stellung, da selbst nach der jüdischen Polizeiordnung von 1627 die Aeltesten über Geldsachen zu urteilen das Recht haben. Die Minderwertigkeit des Oberjuristenkollegiums erblickt der Richter darin, daß ihre Zahl nur aus drei, während das Aeltestengericht aus 10 Personen bestehe, worunter immer Personen sind, die das jüdische Recht studiert hätten. So befinden sich gegenwärtig unter den Aeltesten der Primas Rabbi Zallel (Sohn des Rabbi Sinay), Simon Bonatos, Süßkind Bunzel und Moses Wallerstein, die vorher Juristen gewesen seien. Den Oberjuristen sei es nur um die „Accidentien" zu tun, auch wollen sie sich über die Aeltesten überheben, um alles an sich zu reißen.

Dem Kompromißvorschlag der Aeltesten schließt sich jedoch auch der Altstädter Richter an, indem er das Gerichtsverfahren an der Prager Alt- und Neustadt als Vorbild hinstellt. „Bei der alten und neuen Stadt können die Ratsmitglieder in Schuldensachen jeder urteilen, um rasch Recht zu schaffen, man kann die Sache eventuell dem ganzen Rat vorlegen und dann erst an die Appellation appellieren." Er schlägt nun vor: „Die jüdischen Obriste Juristen können beeidet werden, sie sollen aber gegen die 10 keinen Vorzug genießen, sondern man soll von ihnen zu den Aeltesten und von den Aeltesten zu der Appellation appellieren können."

Wiederholt verlangten die Oberjuristen vergeblich, daß ihnen der Altstädter Richter am jüdischen Rathause den Eid abnehmen solle. Die böhmische Kammer gab vielmehr dem Altstädter Richter den Auftrag, in dieser Sache noch die Aeltesten zu vernehmen. Diese erklärten jedoch, zu ihrem abgegeben Gutachten nichts mehr hinzufügen zu können. Vermutlich sind daraufhin die Oberjuristen vereidigt worden.

Oberrabbiner Simon Wedeles ist in den Streitfall der Oberjuristen nicht hineingezogen worden. Er war natürlich daran sehr interessiert, da er ja in schwierigen Fällen bei ihnen den Vorsitz führte und daher entscheidend mitzureden hatte.

Wir können nun feststellen, daß das rabbinische Gericht während der Amtszeit des R. Simon Wedeles zwar auch in Zivilsachen Recht gesprochen hat, jedoch nur auf Wunsch der Parteien, denen dann der Rekurs gegen dieses Urteil an das Aeltestengericht freistand. Die Zivilgerichtsbarkeit des rabbinischen Gerichts unterstand daher dem Aeltestengericht.

Dieses geht auch aus dem bereits erwähnten Gutachten der Aeltesten vom Jahre 1708 hervor, das da lautet: „Bei anderen Zivilstreitigkeiten waren die Parteien, wenn sie zitiert wurden, genötigt, vor dem Rabbiner zu erscheinen, und wenn die Parteien die Fällung des Urteils dem Oberrabbiner überließen, so hat derselbe solche gleichmäßig vorgenommen und abgeholfen. Oberrabbiner Simon Wedeles entschied auch in Baustreitigkeiten, wenn es sich um Fenster, Türen u. a. handelte. In schwierigen Fällen wurden die jüdischen Oberjuristen, die auch Juristen über den Bau genannt wurden, beigezogen.“ Das Gutachten berichtet auch, daß die Zivilgerichtsbarkeit des Oberrabbiners „Gabriel Elkischer“ den Aeltesten unterstand. Ueber die Verhandlungen des rabbinischen Gerichtes sei kein schriftliches Protokoll geführt worden.

Eine Aenderung in der rabbinischen Zivilgerichtsbarkeit trat laut kaiserl. Reskripte vom 5. September 1709 insofern ein, als der damalige Oberrabbiner David Oppenheim berechtigt war, in Fällen, wo der Streitgegenstand den Wert von 10 Gulden nicht überstieg, Recht zu sprechen und gegen sein Urteil keine Appellation an die Judenältesten zulässig war.

Bezüglich der anderen jüdischen Gerichte sei noch erwähnt, daß das Judenrichteramt 1684 mit dem Aeltestengericht vereinigt wurde. Der Vorstand der Prager Judengemeinde, der bishin aus 20 Personen bestand, sollte dafür laut kaiserl. Dekrete vom 20. September 1684 aus 27 Personen bestehen. Hundert Jahre später (1784) wurde auch das Aeltestengericht aufgehoben. Damit endet die öffentliche Gerichtsbarkeit der Prager Judenschaft.

*

Dieser Aufsatz ist mit Genehmigung des Autors, dem Jahrbuch der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der ČSR. (4. Jahrgang) entnommen. Er stellt nur einen Teil der von dem Autor verfaßten Artikelserie u. d. T. „Die Erlebnisse des Oberrabbiners Simon Spira-Wedeles in Prag (1640—1679)“ dar, welche u. a. von der Verhaftung des Primators Moses Geizvogel auf die Denunziation seiner Gegner hin, handelt.

Als 5. Punkt der Anklage führen die Anzeigenden an: „So hätte der Primas sambt uns und seinen Anhang einen obristen Rabbi erwählet, welcher der Gemeinde nit annähmlich, und hauset Primas und Ober Rabin unter der Gemein und gravieren nach ihrem Belieben, daß es die Gemeinde nit mehr erleiden oder erdulden kann.“

Die in diesem Aufsatz erwähnte „Verteidigungsschrift vom 7. Juni 1647“ bezieht sich auf den im Zusammenhang mit der Verhaftung Moses Geizvogels gegen den Oberrabbiner Simon Wedeles erhobenen Vorwürfe. Die Redaktion.

IV. AUS KARLSBAD

Saison in Karlsbad.

Das ist nicht nur der Titel eines ausgezeichneten Lustspieles von P. Frank, das im Deutschen Volkstheater in Wien großen Erfolg erzielte, sondern das ist auch all das pulsierende, wogende Leben und Treiben am und rund um den Sprudel. Mögen politische oder weltwirtschaftliche Ereignisse, an denen die Gegenwart ja nicht arm ist, noch so sehr ihren Einfluß auf Reiselust und Reisenkönnen der Menschheit geltend machen — Karlsbad bleibt eben Karlsbad! Natürlich ist der Kurbesuch, wie in allen anderen Badeorten, gegenüber den guten Jahren von 1928 und 1929 zurückgegangen; relativ genommen aber ist er zufriedenstellend.

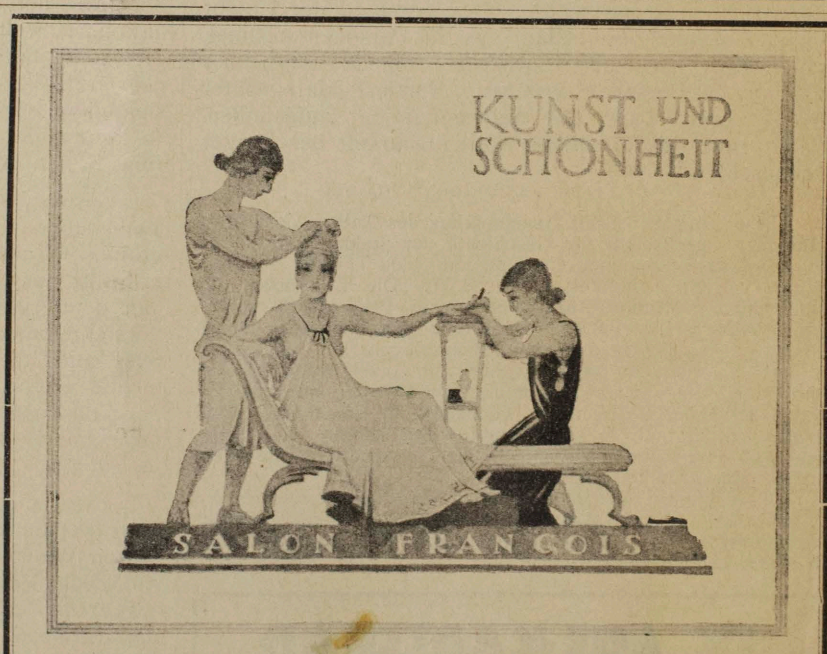
Prinz Heinrich der Niederlande hat auch heuer wieder sein Kurdomizil bei Pupp aufgeschlagen und er fühlt sich hier sehr wohl. In den letzten Tagen hat Karlsbad jedoch noch den Besuch eines Potentaten erhalten: Seine Hoheit der Maharadscha von Tranvancore (Indien) ist mit seiner Gattin, sowie mit dem königlichen Prinzen und der königlichen Prinzessin und dem ganzen Hofgefolge zur Kur in Karlsbad eingetroffen. Die Bedeutung eines solchen Besuches liegt klar auf der Hand. Aus aller Herren Länder rekrutieren sich die Kurgäste; das Sprachenbabel bei den Quellen ist das gleiche geblieben und gleichgeblieben ist auch die traditionelle Höflichkeit der Karlsbader, die ihren alten Leitsatz „Dienst am Kurgast ist erste Bürgerspflicht“ trotz aller schlechten Zeiten unumstößlich einhalten.

Ab 1. Juni wird der Flugverkehr von und nach Karlsbad wieder eröffnet, der im heurigen Jahre besonders schnelle und bequeme Flugverbindungen nach London, Amsterdam, Paris, Berlin usw. aufweist. Der ideal gelegene Karlsbader Flugplatz mit seinen neuen Flugverkehrsanlagen ist ein beliebtes Ausflugsziel für die Kurgäste geworden.

Auch an Exkursionen, Kongressen und Tagungen hat es hier keinen Mangel. Alljährlich finden in der alten Sprudelstadt wissenschaftliche und gesellschaftliche Tagungen verschiedensten Genres statt, von denen heuer der große deutsche Juristentag (2. bis 5. Juni), der internationale Welt-Baumwollkongreß (10. Juni), der Welt-Zionistenkongreß (im August) und der XIV. internationale ärztliche Fortbildungskurs mit besonderer Berücksichtigung der Balneologie und Balneotherapie (10. bis 16. Sept.), den die Stadtgemeinde selbst zur Durchführung bringt, die erwähnenswertesten sind.

Gesellschaftlich und künstlerisch bietet Karlsbad auch heuer wieder das gewohnte internationale Programm. Ob auf theatralischem oder sportlichem Gebiete, in bezug auf Musikalität und Konzerte, immer weiß man hier dem Altgewohnten geschickt Neues einzuverleiben, versteht Aufmachung und Durchführung und gestaltet so alles, auch die kleineren Veranstaltungen zu einem Ereignis. Seitens der Kurgäste genießen die großen Sonder-, philharmonischen und Symphoniekonzerte des ausgezeichneten städtischen Kurorchesters besondere Bevorzugung.

Einen nicht zu unterschätzenden Faktor im Leben und Treiben Karlsbads bilden die sich rasch eingebürgerten Weekendfahrten aus dem benachbarten Sachsen. Zu Wochenende parken hunderte Autos, treffen die Postwagen hier ein und nach Tausenden zählt die Zahl jener, die Karlsbad auf diese Art kennen und lieben lernen. Kennen und lieben! Darin liegt wohl das Geheimnis der ewigen Anziehungskraft der alten Sprudelstadt; wer sie einmal kennen gelernt hat, **muß** sie lieben ob ihres Reichtums an landschaftlicher Schönheit, frischer Sauberkeit und gottbegnadeten Naturwunders. Diese Eigenschaften haben Karlsbad groß gemacht und sie sind es, die der freundlichen Stadt im idyllischen Tepltal Zeitnöte und Weltwirrnisse überdauern helfen, die sie zu jenem „Karlsbad“ stempeln, das heute in aller Welt geachtet, beliebt und — bekannt ist!



Für die Redaktion verantwortlich: Gottfried Barbier, Karlsbad. — Druck u. Selbstverlag: „Graphia", Karlsbad.

Erstes
vegetarisches Speisehaus
Café Klement
Karlsbad, Zollamtsplatz
Die altbewährte und führende Gaststätte für **rein fleischlose Diätkost**
Karlsbader Frühstückstisch

HOTEL- UND RESTAURANT
Gold. Schild
Karlsbad, Theaterplatz
Haus I. Ranges
Erstklassiges Restaurant
Täglich abends:
KONZERT u. TANZ

Café
Posthof
Gegründet 1791
Montag, Mittwoch und Freitag **Konzerte der Kurkapelle**
Sonntag **Frei-Konzert**
Alle Zeitungen liegen auf

Herren-Mode-Salon
Wenzl
Schneider
KARLSBAD
Haus „Piccadilly"
Mühlbrunnstraße
gegenüber dem
Schloßberg-Aufzug
Telefon 761 b

KURHAUS PASTEUR

Bekannt erstkl. diätetische Pension
Ganzjährig geöffnet, steht unter persönlicher Leitung
Vor- und Nachsaison ermäßigte Preise
Telefon 839

Hotel „Beierlein", Karlsbad
gut eingerichtete Zimmer mit kaltem und warmem Wasser und Zentralheizung.

WOLL- UND SEIDENSTOFFE
sowie **orig. engl. Herrenstoffe** kauft man in großer Auswahl zu niedrigen Preisen im

TUCHHAUS DIM
Hauptstraße, neue Becherecke

Café-Restaurant
„Vaterland"

Erstklassig gepflegte Küche
Mäßige Preise

Restaurant
Sanssouci
Täglich Tanz
9—11, 4—6, 8—11
Tanzvorführungen
Duo Arys
Erstklassige Küche
Zivile Preise
Entree frei

Kurhaus
PINKAS
Karlsbad, Neue Wiese
Haus ersten Ranges
mit letztem Komfort
in bester Lage.
Telefon 2176

MILCH-TRINKHALLE
und rein vegetarische Küche,
vis-à-vis **Sprudel, Kirchenplatz Nr. 1,**
wird bestens empfohlen. **Therese Stadlbauer.**

Café und Restaurant
Schweizerhof
der sonnigste Frühstücks- u. Jausenplatz Karlsbads mit seinen herrlichen Liegekuren und kurgemäßem Restaurant **hält sich bestens empfohlen**
Konzerte, Bridge-Cercle, Tanz-Tees

HOTEL
CAFÉ u. RESTAURANT
Schwed. Haus
Sprudelstraße
Erstklassiges Restaurant
Zivile Preise
Moderne Zimmer
Ganzjährig geöffnet

Möbelhaus
L. Artmann
Fischern, Hauptstraße

Zur Anfertigung für feine
Herrenschneiderei
großes Lager engl. Stoffe
Josef
Hacker
Karlsbad
gegenüber dem
Mühlbrunnen, Sprudelstr.,
Haus „Stockholm"
Telefon 1932

Restaurant und Café
STADTPARK u. KURHAUS
Stadtpark
täglich Abend-Konzerte
Sonntag u. Donnerstag
nachmittags: **Kurkapelle**

KARLSBADER SPRUDEL-ZWIEBACK
GRAHAM-ZWIEBACK GRAHAM-BROT
DIABET. GEBÄCKE OBLATEN
C. J. PITTROFF, KARLSBAD
GEGR. 1823. **NUR ALTE WIESE** EXPORT